

Sabri Deniz Martin

## „Das Boot ist voll“

### Wiedervereinigung, Renationalisierung und die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl

Bestärkt von der Vereinigung der beiden deutschen Staaten re-nationalisierten sich in den frühen 1990er Jahren bundesdeutsche Politik und politische Kultur.<sup>1</sup> Rassistische, xenophobe sowie wohlstandschauvinistische Denkformen, Begriffe, Reaktionsmuster und Interpretationen der „Anderen“ breiteten sich aus.<sup>2</sup> Aufklärungsresistent und ideologisch inkonsistent diskriminierten Rassisten sogenannte „Ausländer“ aufgrund ihres Äußeren oder ihrer vermuteten Herkunft und übten bisweilen mit immensem, in der Öffentlichkeit zur Schau gestelltem Selbstbewusstsein Gewalt gegen sie aus – meist der ideologischen Gewissheit folgend, den nationalen Wohlstand und damit ihre eigene materielle Absicherung gegen „Fremde“ zu verteidigen.<sup>3</sup> Dieser Wohlstandschauvinismus bildete die zentrale Schnittstelle zwischen rechtsradikalem Diskurs und dem Alltagsdenken der Gesamtbevölkerung.<sup>4</sup> Er ermöglichte die Abwehr der nationalen Verantwortung für hohe Einheitskosten, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Rezession in der Nachwendezeit und nutzte als plastische Beispiele den rasanten Anstieg von Immigration, Binnenmigration und Asylgesuchen sowie die damit zusammenhängenden Kosten und dramatisierte denkbare soziale Folgen dieser Entwicklung.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Florian Finkbeiner, Nationale Hoffnung und konservative Enttäuschung, Bielefeld 2020, S. 193; Margret Jäger/Siegfried Jäger, Gefährliche Erbschaften. Die schleichende Restauration rechten Denkens, Berlin 1999.

<sup>2</sup> Vgl. Detlev Claussen, Was heißt Rassismus? Ein Essay Leo Löwenthal (1900–1993) zur Erinnerung, in: fiph. JOURNAL 28 (2016), S. 4–14, hier S. 13–14.

<sup>3</sup> Vgl. Detlev Claussen, Aspekte der Alltagsreligion, Frankfurt 2000, S. 132–133 und 143; Martin Thein, Wettkampf mit dem Zeitgeist – Der Neonazismus im Wandel. Eine Feldstudie, Göttingen 2009, S. 207–208.

<sup>4</sup> Vgl. Mathias Brodkorb, Metamorphosen von rechts. Eine Einführung in Strategie und Ideologie des modernen Rechtsextremismus, Münster 2003, S. 84.

<sup>5</sup> Vgl. Klaus J. Bade/Jochen Oltmer, Flucht und Asyl 1950–1989, 15.03.2005, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Grundlagendossier Migration, [www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration-ALT/56435/flucht-und-asyl-1950-1989](http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration-ALT/56435/flucht-und-asyl-1950-1989) (Stand: 18.02.2021); Klaus J. Bade/Jochen Oltmer, Flucht und Asyl seit 1990, 15.03.2005, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Grundlagendossier Migration, [www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration-ALT/56443/flucht-und-asyl-seit-1990](http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration-ALT/56443/flucht-und-asyl-seit-1990) (Stand: 04.02.2021); Ullrich Bauer/Uwe H. Bittlingmayer/Joachim Hirsch, „Der Staat in der frühen Kritischen Theorie bezeichnet so etwas wie eine Leerstelle.“, in:

Nicht mehr das Aufstocken des Arbeitskräfte reservoirs durch ausländische „Gastarbeiter“, sondern staatliche Aufwände für „Ausländer“, insbesondere für Flüchtlinge,<sup>6</sup> wurden zum Mittelpunkt einer breiten gesellschaftlichen Auseinandersetzung.<sup>7</sup> Rassistische Mobilisierung und Debatten, reißerischer Boulevard und gereizte Berichterstattung mit einem gewalttätigen und mordenden rechtsradikalen Mob im Windschatten förderten im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts das Feindbild des „Asylanten“: Es entmenschlichte und entindividualisierte den Schutzsuchenden und stellte ihn als Teil einer schmarotzenden und ungebildeten Nutz- oder Schadensmasse dar, deren insbesondere ökonomisches Wohlergehen dem der herkunftsdeutschen Bevölkerung untergeordnet sei.<sup>8</sup> Diesen Kern des zeitgenössischen wohlstandschauvinistischen Denkens fasste Edmund Stoiber auf dem 56. CSU-Parteitag im November 1992 zusammen: „Wir können nicht allgemein Sparsamkeit und Opferbereitschaft der Bevölkerung fordern, im Asyl aber unbegrenzt mehr ausgeben.“<sup>9</sup>

Dies ist als bedeutende Transformationsleistung des Rassismus der frühen 1990er Jahre in Deutschland zu verstehen. Er zielt nicht mehr vorrangig auf

Uwe H. Bittlingmayer/Alex Demirović/Tatjana Freytag (Hrsg.), Handbuch Kritische Theorie, Wiesbaden 2019, S. 781–796, hier S. 792; Britta Bugiel, Rechtsextremismus Jugendlicher in der DDR und in den neuen Bundesländern von 1982–1998, Münster 2002, S. 31–34.; Detlev Claussen, Was heisst Rassismus?, Darmstadt 1994, S. 22; Claussen, Was heißt Rassismus?, S. 10; Helmut Dahmer, Kritische Theorie und Psychoanalyse, in: Uwe H. Bittlingmayer/Alex Demirović/Tatjana Freytag (Hrsg.), Handbuch Kritische Theorie, Wiesbaden 2019, S. 235–276, hier S. 269; Ullrich Heilemann, Rezessionen in der Bundesrepublik Deutschland von 1966 bis 2013, in: Wirtschaftsdienst 99/8 (2019), S. 546–552; Stefan Luft/Peter Schimany, Asylpolitik im Wandel, in: Stefan Luft/Peter Schimany (Hrsg.), 20 Jahre Asylkompromiss. Bilanz und Perspektiven (=Edition Politik 16), Bielefeld 2014, S. 11–30, hier S. 12; Patrice G. Poutrus, Umkämpftes Asyl. Vom Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart, Berlin 2019, S. 171.

**6** „Flüchtlings“ wird in diesem Beitrag allgemeinsprachlich verwendet, d.h. jmd. ist auch ohne Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft ein Flüchtlings. Differenzierungen erfolgen an geeigneter Stelle.

**7** Vgl. Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001, S. 264; Sebastian Muy/Stephen Sulimma, Strukturelle Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit im Handlungsfeld Flucht und Migration, in: Netzwerk MiRA (Hrsg.), Kritische Migrationsforschung? Da kann ja jedeR kommen, 2012, S. 41–72, hier S. 50.

**8** Vgl. Hendrik Cremer, Die Asyldebatte in Deutschland: 20 Jahre nach dem „Asylkompromiss“, Berlin 2013, S. 16; vgl. Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 171; Regina Ryssel, Innerdiskursive Kontroversen. Der Diskurs über die Aufnahme von Flüchtlingen zwischen Bürgerkrieg und Grundgesetzänderung – eine linguistische Diskursgeschichte, Dissertation, RWTH Aachen 2014, S. 29, 168 und 188–189.

**9** Zitiert nach Dieter Staas, Migration und Fremdenfeindlichkeit als politisches Problem, Münster/Hamburg 1994, S. 126.

koloniale Expansion, Ausbeutung oder Vernichtung des Anderen, sondern wies ihn aus einer vermeintlichen Defensive heraus anhand ökonomischer Sachargumente ab.<sup>10</sup> Zu diesen ökonomischen gesellten sich rasch Überlegungen zu ordnungs- und polizeirechtlichen Maßnahmen bzw. zur „Sicherheit“, welche bald gegenüber humanitären sowie menschen- und flüchtlingsrechtlichen Abwägungen und Verpflichtungen überwogen.<sup>11</sup>

Einst schuf der Parlamentarische Rat der Westzonen, der am 8. Mai 1949 das Grundgesetz für die Bundesrepublik verabschiedete, mit dem Grundgesetzartikel 16 ein Grundrecht auf politisches Asyl ohne Gesetzesvorbehalt, da während des Zweiten Weltkriegs deutsche Flüchtlinge weltweit Asyl fanden, wonach die eigene Erfahrung lehrte, dass derartige Solidarität ein wünschenswertes Ziel ist.<sup>12</sup> Nach dem Anwerbestopp für „ausländische“ Arbeitskräfte 1973 boten deutsche Abstammung und politisches Asyl letzte legale wie sichere Einreisewege an – welche die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP sowie die oppositionelle SPD im xenophoben und durch die Wiedervereinigung berauschten Klima der frühen 1990er Jahre trotz dieser historischen Dimension beschlossen zu schließen.<sup>13</sup> Synchron hierzu erfolgten Anschläge auf Flüchtlinge, Migranten, ausländische Vertragsarbeiter und politische Widersacher der Rechten. Dagegen formierten sich breite Bündnisse üblicherweise konkurrierender Gruppierungen: Von der Antifa-Clique über migrantische Interessenvertretungen und besorgte Bürger unterschiedlicher Motivationen bis hin zu Pax Christi, die in den öffentlich zelebrierten Lichterketten kulminierten.<sup>14</sup>

Politisch gipfelten Renationalisierung, Rassismus, Xenophobie und Wohlstandschaubinismus 1993 im sogenannten „Asylkompromiss“: Die nationalliberale Regierungskoalition und die SPD einigten sich 1993 mit einer Zweidrittel-

**10** Vgl. Christoph Butterwegge, Die zentralen Herausforderungen für den Antifaschismus: Globalisierung, Neoliberalismus und Rechtsextremismus, in: UTOPIEKreativ 135 (2002), S. 55–65.

**11** Diese Transformation hat insbesondere die deutschsprachige Debatte der populären postkolonialen Studien und der Intersektionalität nicht registriert, obwohl sie als zentrales Element der De-globalisierung spätestens mit dem Aufstieg des sogenannten Rechtspopulismus auf diverse Regierungsbänke offensichtlich geworden ist.

**12** Vgl. Klaus J. Bade/Jochen Oltmer, Deutschland, in: Klaus J. Bade/Pieter C. Emmer/Leo Lucassen/Jochen Oltmer (Hrsg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Paderborn u.a. 2007, S. 141–170, hier S. 155; Konrad Exner-Seemann, 50 Jahre Grundgesetz. Vorläufer des Grundgesetzes, Abgeordnete des badischen Landtages, Karlsruhe 1999, S. 13–15.

**13** Vgl. Vera Gaserow, Lichterketten und SPD-Asylanten in: Die Zeit 49/2012, 29.11.2012, www.zeit.de/2012/49/Debatte-Grundrecht-Asyl-1992 (Stand: 11.02.2021); Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 179.

**14** Vgl. o. A., „Viele haben große Angst“, in: Der Spiegel 42/1991, S. 30; o. A., „Wenn wir gehen, hauen die ab“, in: Der Spiegel 42/1991, S. 48–57.

mehrheit im Bundestag nach der rassistischen, sogenannten „Asyldebatte“ auf eine strittige Änderung des Grundgesetzartikels 16, welcher fortan nicht mehr politisches Asyl garantierte, sondern die bereits geringen Möglichkeiten erheblich einschränkte, einen rechtlichen Flüchtlingsstatus zu erlangen – just, als dieser im besonderen Maße benötigt wurde.<sup>15</sup>

## Migrations- und fluchtgeschichtlicher Kontext

Der Fall der Mauer, die Eingliederung der vormaligen DDR und die Jugoslawienkriege lösten große Flucht- und Wanderungsbewegungen aus. Erstens migrierten nun primär aus der ehemaligen Sowjetunion zwischen 1990 und 1993 etwa 1,5 Millionen Aussiedler bzw. Spätaussiedler nach Deutschland, worunter qua *ius sanguinis* bis Ende 1992 geborene „Menschen, die im Rahmen eines Aufnahmeverfahrens als deutsche Volkszugehörige nach Deutschland übergesiedelt sind“<sup>16</sup>, sowie ihre Familienangehörigen zu verstehen sind.<sup>17</sup> Ab 1993 mussten diese, um den Zuzug einzuschränken, Deutschkenntnisse nachweisen.<sup>18</sup> Zweitens zogen zwischen 1989 und 1993 etwa 1,45 Millionen Personen aus der DDR bzw. aus den neuen in die alten Bundesländer.<sup>19</sup> Drittens stiegen die Asylgesuche im Kontext

**15** Vgl. Christoph Butterwegge, Weltmarkt, Wohlfahrtsstaat und Zuwanderung, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.), Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, 2. Aufl., Opladen 2003, S. 53–92, hier S. 70; Cremer, Asyldebatte in Deutschland, S. 7 und 18–19; Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik, S. 271; Ryssel, Innerdiskursive Kontroversen, S. 27.

**16** Bundeszentrale für politische Bildung, Zuzug von (Spät-)Aussiedlern und ihren Familienangehörigen, 01.04.2018, [www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61643/spaet-aussiedler](http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61643/spaet-aussiedler) (Stand: 11.02.2021).

**17** Vgl. LAGeSo (Hrsg.), Die Zentrale Aufnahmestelle für Aussiedler in Berlin-Marienfelde (= Schriftenreihe für Wissenschaft und Praxis 4), Berlin 2011, S. 38; Susanne Worbs/Eva Bund/Martin Kohls/Christian Babka von Gostomski, (Spät-)Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse (=Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Forschungsbericht 20), Nürnberg 2013, S. 7.

**18** Vgl. Franz Nuscheler, Internationale Migration, Wiesbaden 2004, S. 131.

**19** Vgl. Bade/Oltmer, Flucht und Asyl seit 1990; Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Binnenwanderungssalden nach Bundesländern\* (1991–2018), [www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/M31-Binnenwanderungssalden-Bundeslaender-ab-1991.html?nn=9992182](http://www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/M31-Binnenwanderungssalden-Bundeslaender-ab-1991.html?nn=9992182) (Stand: 10.02.2021); Bundeszentrale für politische Bildung (BPB), Ausländische Bevölkerung. In absoluten Zahlen, Anteile der Altersgruppen in Prozent, 1970 bis 2016, [www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61622/auslaendische-bevoelkerung](http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61622/auslaendische-bevoelkerung) (Stand: 07.03.2021).

der Jugoslawienkriege zwischen 1989 und 1993 auf circa 1,33 Millionen Individuen an.<sup>20</sup> Vier tens zogen stetig EG-Bürger zu.<sup>21</sup>

Stammten 1986 noch 74,8% der Asylbewerber aus außereuropäischen Entwicklungsländern, wurde 1993 mit 72,1% der Großteil der Asylgesuche aus Europa gestellt.<sup>22</sup> Dies begründete sich darin, dass nach dem Dubliner Übereinkommen vom 15. Juni 1990 derjenige EG-Staat, den ein Flüchtling zuerst betrat, ohne Lastenausgleich für sein Asylverfahren zuständig war.<sup>23</sup> Dies betraf insofern Deutschland im besonderen Maße, als es in den frühen 1990er Jahren vor den Beitritten von Österreich, Polen und Tschechien noch die faktische Ostgrenze der EG bzw. ab dem 1. November 1993 der EU markierte und deshalb als Rettungsanker galt.<sup>24</sup> Die Schutzquote bei Asylgesuchen blieb jedoch bis 1993 niedrig einstellig.<sup>25</sup> Anzurechnen sind wenige Asylanerkennungen in zweiter Instanz sowie Duldungen im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention.<sup>26</sup> Unter einem

**20** Vgl. Bade/Oltmer, Flucht und Asyl seit 1990; BPB, Ausländische Bevölkerung; Luft/Schimany, Asylpolitik im Wandel, S. 11; Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 163; Andreas Speit, Der Terror von rechts – 1991 bis 1996, in: Andrea Röpke/Andreas Speit (Hrsg.), Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland, Berlin 2013, S. 94 – 121, hier S. 99.

**21** Vgl. Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik, S. 288.

**22** Vgl. Luft/Schimany, Asylpolitik im Wandel, S. 11–12; Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 163.

**23** Vgl. Nina Amelung, Politikinstrumente in der europäischen Asylpolitik: Zur Rolle von Experten und Expertise, in: Christian Lahusen/Stephanie Schneider (Hrsg.), Asyl verwalten. Zur bürokratischen Bearbeitung eines gesellschaftlichen Problems, Bielefeld 2017, S. 27–55, hier S. 31; Stephanie Schneider/Kristina Wottrich, „Ohne ‘ne ordentliche Anhörung kann ich keine ordentliche Entscheidung machen...“ – Zur Organisation von Anhörungen in deutschen und schwedischen Asylbehörden, in: Christian Lahusen/Stephanie Schneider (Hrsg.), Asyl verwalten. Zur bürokratischen Bearbeitung eines gesellschaftlichen Problems, Bielefeld 2017, S. 81–116, hier S. 85.

**24** Vgl. John Kannankulam, Kräfteverhältnisse in der bundesdeutschen Migrationspolitik, in: Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hrsg.), Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung, Bielefeld 2014, S. 93–112, hier S. 111; John Van Oudenaren, Uniting Europe. An Introduction to the European Union, Oxford 2004, S. 11.

**25** Vgl. Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 188.

**26** Vgl. Jurgita Baur, Europäisches Flüchtlingsrecht. Bemühungen im Rahmen der europäischen Verträge, die Flüchtlingsproblematik zu bewältigen, in: Gilbert H. Gornig/Hans-Detlef Horn (Hrsg.), Migration, Asyl, Flüchtlinge und Fremdenrecht. Deutschland und seine Nachbarn in Europa vor neuen Herausforderungen, Berlin 2017, S. 117–136, hier S. 118; Simon Goeke, „Wir sind alle Fremdarbeiter!“ Gewerkschaften, migrantische Kämpfe und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland der 1960er und 1970er Jahre, München 2016, S. 41; Peter Hilpold, Die Genfer Flüchtlingskonvention 1951 – Reformbedarf angesichts der Flüchtlingskrise?, in: Gilbert H. Gornig/ Hans-Detlef Horn (Hrsg.), Migration, Asyl, Flüchtlinge und Fremdenrecht. Deutschland und seine Nachbarn in Europa vor neuen Herausforderungen, Berlin 2017, S. 105–115, hier S. 107, 110 und 112; Thomas Hohlfeld, Strategien der Ausschaffung – Eine Archäologie der Flüchtlingsbürokratie, Dissertation, FU Berlin 2008, [www.refubium.fu-berlin.de/handle/fub188/12782](http://www.refubium.fu-berlin.de/handle/fub188/12782)

Drittel der Zuzüge der frühen 1990er Jahre sind auf Asylsuchende zurückzuführen, von denen die wenigsten einen Flüchtlingsstatus oder eine Duldung erhielten.

Galten Flüchtlinge insbesondere aus den Sowjetgebieten einst als Erfolgsnachweis für das westliche System, deklassierten Politik und Medien sie nun zur „Zusatzbelastung in der Krise des nationalen Sozialstaats.“<sup>27</sup> Auch waren viele als Kriegsflüchtlinge nicht asylberechtigt, was die Volksparteien zum wohlstandschauvinistischen, in der Bevölkerung breit geteilten Vorwurf ummünzten, dass kriminelle Flüchtlinge das kostenintensive deutsche Rechts- und Asylsystem missbrauchten.<sup>28</sup> Andere Gruppen, wie etwa Roma, deren bulgarische und rumänische Regierungen sie oftmals verstoßen und damit zum Asylantrag in Deutschland bewegt hatten, erfuhren eine noch größere, antiziganistische Abneigung.<sup>29</sup>

## Konjunktur des Rechtsradikalismus

Ein erheblicher Faktor für die rassistische öffentliche Auseinandersetzung mit dem meist temporären Zuzug von Flüchtlingen in den frühen 1990er Jahren war eine Welle rechtsradikalen Terrors.<sup>30</sup> Größere Bekanntheit erlangten die Pogrome 1991 in Hoyerswerda und 1992 in Rostock-Lichtenhagen<sup>31</sup>, hervorzuheben sind allerdings auch die im vormaligen Westdeutschland verübten Anschläge in Hünxe, Mannheim, Mölln und Solingen, die zeigten, dass diese Taten keineswegs nur auf eine DDR-Sozialisation zurückzuführen sind, sondern ein gesamtdeutsches Problem waren: 13% der deutschen Bevölkerung billigten sie.<sup>32</sup> Rechtskonservative Medien wie das Magazin *Criticón* äußerten Verständnis für die Täter

---

(Stand: 11.02.2021), S. 64–66; Luft/Schimany, Asylpolitik im Wandel, S. 11; Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 165–166.

<sup>27</sup> Vgl. Bade/Oltmer, Flucht und Asyl seit 1990, S. 106.

<sup>28</sup> Vgl. Cremer, Asyldebatte in Deutschland, S. 18; Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 164–165.

<sup>29</sup> Vgl. Nuscheler, Internationale Migration, S. 133–134.

<sup>30</sup> Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 168.

<sup>31</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Kleine Anfrage der Abgeordneten und der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe PDS/Linke Liste, Drucksache 12/2086, 12.02.92, BT-Drucks. 12/2086; vgl. Christian Erzberger/Christian Lüdemann, Fremdenfeindliche Gewalt in Deutschland. Zur zeitlichen Entwicklung und Erklärung von Eskalationsprozessen, in: Zeitschrift für Rechtssociologie 2 (1994), Oldenbourg, S. 169–190.

<sup>32</sup> Vgl. Klaus J. Bade, Ausländer, Aussiedler, Asyl in der Bundesrepublik Deutschland, München 1994, S. 119; Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik, S. 297.

und stilisierten ihre Gegner zu Gesinnungsethikern.<sup>33</sup> Jüdische Friedhöfe und Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus wie etwa das ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen wurden geschändet.<sup>34</sup> Hakenkreuz-Schmiereien durchzogen die Landschaften.<sup>35</sup> Die Kameradschaftsszene wuchs, rechtsradikale Parteien wie „Nationale Alternative“, „Deutsche Volksunion“, „Die Republikaner“, „Deutsche Alternative“ und NPD feierten insbesondere in Westdeutschland Wahlerfolge, Ku-Klux-Klan, NSDAP-Aufbauorganisationen und „Wiking-Jugend“ waren aktiver denn je, Neonazi-Skinheads bildeten eine der dominanten Jugendkulturen und der spätere Nationalsozialistische Untergrund (NSU) formierte sich.<sup>36</sup> Die Idee einer deutschnationalen Gemeinschaft gerierte sich wieder zur Problemlösung.<sup>37</sup> Verfassungsschutz und Staatsschutz der neuen Bundesländer gaben sich alarmiert, doch die Polizei war insbesondere gegenüber den dezentral organisierten, spontan agierenden und oft jugendlichen Skinheads mit ihrem martialischen, anarchischen und gewaltbereiten Auftreten wider allem Undeutschen handlungsunfähig.<sup>38</sup> Zwischen jugendlicher Rebellion und rechtsradikaler Überzeugung kannten sie nur die Sprache der Gewalt.

Dennoch lehnte der damalige Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) den Vorschlag des SPD-Bundesvorsitzenden Björn Engholm ab, die 29.000 Bundesgrenzschutzbeamten zum bislang misslungenen Schutz von Flüchtlingsheimen hinzuzuziehen – trotz hohen unausgeglichenen Überstunden, schlechter Ausrüstung, unzureichenden Notfallleitungen, geringer Bestreifung von Gefahrengebieten und einem Nachwuchsbedarf von etwa 60.000 Polizisten.<sup>39</sup> Die private

<sup>33</sup> Vgl. Finkbeiner, Nationale Hoffnung, S. 215.

<sup>34</sup> Vgl. Brigitte Mihok, Friedhofsschändungen, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Berlin/New York 2010, S. 90–95, hier S. 93; Günter Morsch/Susanne zur Nieden (Hrsg.), Jüdische Häftlinge im Konzentrationslager Sachsenhausen 1936–1945, Berlin 2004, S. 41.

<sup>35</sup> Vgl. o. A., „Es war keiner von uns“, in: Die Zeit 37/1990, 07.09.1990.

<sup>36</sup> Vgl. Antifaschistisches Autorenkollektiv, Drahtzieher im braunen Netz. Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich, Hamburg 1996, S. 153; Bugiel, Rechtsextremismus Jugendlicher, S. 127 und 129; Andreas Förster, Zielobjekt Rechts. Wie die Stasi die westdeutsche Neonaziszene unterwanderte, Berlin 2018, S. 10, 216, 227, 230 und 238; o. A., „Vorwärts für die arische Rasse“, in: Der Spiegel 42/1991, S. 38, 41 und 45; Richard Stöss, Zur Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland, 13.01.2015, [www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/198940/zur-entwicklung-des-rechtsextremismus-in-deutschland](http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/198940/zur-entwicklung-des-rechtsextremismus-in-deutschland) (Stand: 18.03.2021).

<sup>37</sup> Vgl. Finkbeiner, Nationale Hoffnung, S. 215.

<sup>38</sup> Vgl. Bugiel, Rechtsextremismus Jugendlicher, S. 33ff. Claussen, Was heisst Rassismus?, S. 22; o. A., „Dann macht er dich kalt“, in: Der Spiegel 42/1991, S. 36–38.

<sup>39</sup> Vgl. o. A., „Wir brauchen jetzt 'ne Krache“, in: Der Spiegel 42/1991, S. 28–36.

Sicherheitsindustrie boomte und Alarmanlagen wie Gaspistolen wurden zu Verkaufsschlagern.<sup>40</sup>

Gregor Gysi (damals PDS) vermutete 1993, dass Vorurteile und Rassismus von der Regierung Kohl angefacht und instrumentalisiert würden, um eine neue Asylpolitik durchzusetzen.<sup>41</sup> Tatsächlich ist zu konstatieren, dass die Bundesregierung den Rechtsradikalismus nicht entschlossen bekämpfte. Dass Bundeskanzler Kohl der Trauerfeier für die drei Opfer des rassistischen Mordanschlags von Mölln fernblieb, kommentierte sein Sprecher Dieter Vogel damit, dass die Bundesregierung nicht in „Beileidstourismus“ verfallen könne,<sup>42</sup> ein Ausdruck, der Kandidat für das Unwort des Jahres wurde.<sup>43</sup> 1991 schaffte es die Phrase „durchrasste Gesellschaft“ des stellvertretenden CSU-Vorsitzenden Edmund Stoiber – der einst linke Schriftsteller als „Ratten und Schmeißfliegen“<sup>44</sup> bezeichnet hatte und nun zum „Asylmissbrauch“<sup>45</sup> fabulierte – in die engere Auswahl; 1993 gewann „Überfremdung“<sup>46</sup>. Ehemals von Goebbels genutzt, um das zu starke Eindringen von „Artfremdem“ – Jüdischem – ins deutsche Volk zu bezeichnen, verwandte Norbert Geis (CSU) diesen Begriff trotz indirektem Hinweis eines Abgeordneten auf die nationalsozialistische Herkunft mehrfach bei der Abstimmung um den Asylkompromiss.<sup>47</sup>

Somit hallte die Rhetorik des rechtsradikalen Milieus bisweilen selbst auf höchster politischer Ebene nach.<sup>48</sup> Damit verschärfte insbesondere die Union bewusst den voranschreitenden Rechtsruck, den sie als Rammböck gegen die

**40** Vgl. o. A., „Wir brauchen jetzt 'ne Krache“.

**41** Vgl. Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 160. Sitzung, Bonn, Mittwoch den 26. Mai 1993, Plenarprotokoll 12/160, BT-PlPr 12/160, S. 13502D und 13514 A-D.

**42** Vgl. Christian Jakob, Die Bleibenden. Flüchtlinge verändern Deutschland, in: Ansgar Drücker/Sebastian Seng/Sebastian Töbel (Hrsg.), Geflüchtete, Flucht und Asyl, Texte zu gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, Flucht- und Lebensrealitäten, rassistischen Mobilisierungen, Selbstorganisation, Empowerment und Jugendarbeit, Düsseldorf 2016, S. 6–11, hier S. 6.

**43** Vgl. o. A., Unwort des Jahres, Unwörter von 1991 bis 1999, <http://www.unwortdesjahres.net/index.php?id=114&L=kpztaazlf> (Stand: 27.03.2021).

**44** Zitiert nach o. A., Das deutsche Wort, in: Der Spiegel 9/1980, S. 29.

**45** Vgl. o. A., „Das ist ein untauglicher Versuch“, in: Der Spiegel 43/1991, S. 37.

**46** Vgl. o. A., Unwort des Jahres.

**47** Vgl. Karl-Heinz Brackmann/Renate Birkenhauer, NS-Deutsch: Selbstverständliche Begriffe und Schlagwörter aus der Zeit des Nationalsozialismus, Straelen 2001, S. 185; BT-PlPr 12/160, S. 13557C–13558B.

**48** Vgl. Christoph Butterwegge/Alexander Häusler, Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus: Randprobleme oder Phänomene der Mitte?, in: Christoph Butterwegge/Janine Cremer/Alexander Häusler/Gudrun Hentges/Thomas Pfeiffer/Carolin Reißlandt/Samuel Salzborn (Hrsg.), Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Wiesbaden 2002, S. 167–216, hier S. 246–247.

Sozialdemokratie nutzte, um diese zur bedingungslosen Zustimmung zur verfassungsrechtlichen Einschränkung des Asylrechts zu bewegen – was wiederum den Rechtsradikalen ein Sicherheitsgefühl im Windschatten dieser Politik gab: Der Staat zeigte ihnen keine klaren Schranken auf.<sup>49</sup>

## Mediale Hilfestellung

Vielmehr organisierten einflussreiche Nationalkonservative, insbesondere diejenigen aus den Unionsparteien, eine wohlstandschauvinistische Kampagne gegen das Recht auf Asyl unter besonderer Mitwirkung der Printmedien.<sup>50</sup> Anstelle klassischer rassistischer Sujets wie der biologischen Minderwertigkeit des Anderen diskutierten sie nun dessen individuelle wie volkswirtschaftliche Schadenswirkungen. *Bild* druckte panikmachende Schlagzeilen wie etwa „Fast jede Minute ein neuer Asylant“, „Asylanten jetzt auf Schulhöfen“, „Wohnraum beschlagnahmt. Familie muss Asylanten aufnehmen“ oder „Die Flut steigt – wann sinkt das Boot?“.<sup>51</sup> Im November 1990 unterstrich die *Bild* in der Artikelserie „Asylanten in Hamburg – wohin?“ ihr Ressentiment, als sie schrieb:

Mit orientalischer Leidenschaft breiten Ausländer weitschweifige Lügenmärchen von angeblicher Verfolgung aus. Wer sich darüber empört, wird schnell als Rassist und Faschist abgestempelt – und schweigt künftig. [...] Aber kein Ausländer muss sofort Asyl beantragen. Er kann warten, bis man ihn erwischt. Als Schwarzarbeiter. Als Dieb. Als Drogenhändler.<sup>52</sup>

Der *Spiegel* wiederum beschwore eine Angriffswelle gieriger Flüchtlinge auf die vermeintliche Wohlstandsfestung Europa, 1992 etwa mit dem Artikel „Krieg des dritten Jahrtausends“<sup>53</sup> oder dem mit einer geenterten Deutschlandfarben-Arche illustrierten Titel „Ansturm der Armen“<sup>54</sup>. Zum Bundestagswahlkampf 1992 ver-

<sup>49</sup> Vgl. Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 171.

<sup>50</sup> Vgl. Kannankulam, Kräfteverhältnisse, S. 105 und 108; Azadé Peşmen, Hetze gegen „Scheinasylanten“ und „Asylmissbrauch“, 06.12.2017, [www.deutschlandfunkkultur.de/diskursum-flucht-und-asyl-in-den-1990er-jahren-hetze-gegen.976.de.html?dram:article\\_id=402509](http://www.deutschlandfunkkultur.de/diskursum-flucht-und-asyl-in-den-1990er-jahren-hetze-gegen.976.de.html?dram:article_id=402509) (Stand: 11.02.2021); Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 161 und 166.

<sup>51</sup> Vgl. Peşmen, Hetze gegen „Scheinasylanten“. Vgl. Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik, S. 303; Jakob, Die Bleibenden, S. 6; Velten Schäfer, Hetze, Lügen, Panikmache, 22.08.2012, [www.neues-deutschland.de/artikel/236196.hetze-luegen-panikmache.html](http://www.neues-deutschland.de/artikel/236196.hetze-luegen-panikmache.html) (Stand: 11.02.2021).

<sup>52</sup> Zitiert nach Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik, S. 300.

<sup>53</sup> Vgl. o. A., „Krieg des dritten Jahrtausends“, in: Der Spiegel 34/1991, S. 130 – 135.

<sup>54</sup> Vgl. Der Spiegel 37/1991. Vgl. Gaserow, Lichterketten; Peşmen, Hetze gegen „Scheinasylanten“; Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 161.

wendeten die Republikaner dieses Motiv leicht abgeändert auf ihren Wahlplakaten, versehen mit dem *Bild*-ähnlichen Slogan „Das Boot ist voll“.<sup>55</sup>

Nebenbei normalisierten nahezu alle Fernsehsender sensationslüstern rechtsradikale wie propagandistische Musiker, meist ohne informiert über sie aufzuklären.<sup>56</sup> Schon 1985 hatte die Proll-Band „Böhse Onkelz“ im Live-TV auf den angeblichen deutschen Schuldkomplex schimpfen dürfen – eine Band, zu deren Repertoire Lieder wie „Türken raus“ und „Deutschland den Deutschen“ zählten und die sich heute als „fester Bestandteil der nach rechts treibenden deutschen Skinhead Bewegung“<sup>57</sup> der 1980er bezeichnet.<sup>58</sup> Ihnen folgte in den frühen 1990er Jahren etwa die drittklassige Rechtsrock-Band „Störkraft“, deren Texte weitaus offensiver ausfielen als jene der „Onkelz“.<sup>59</sup> Die Gruppe skandierte in der SAT.1-Sendung „Einspruch!“ 1992, dass „nur deutsch sein kann, wer deutschstämmig ist“<sup>60</sup> und generierte als Lohn für diese Provokation zu bester Sendezeit weitere TV-Auftritte und ein Interview beim *Spiegel*.<sup>61</sup>

Im Gleichschritt mit der Regierungspolitik verfestigten und normalisierten Printmedien und TV so Begriffe wie „Ausländerproblem“, „Asylantenheim“, „Asylbetrüger“, „Scheinasylanten“, „Wirtschaftsflüchtling“ oder „Asylmissbrauch“ im alltäglichen Sprachgebrauch.<sup>62</sup> Sie wirkten als diskursive Brechstange für rassistische, insbesondere wohlstandschauvianistische Denkformen.<sup>63</sup>

---

<sup>55</sup> Vgl. Jakob, *Die Bleibenden*, S. 6.

<sup>56</sup> Vgl. Klaus Farin, „Rechtsrock“ – Eine Bestandsaufnahme, in: *PopScriptum 5: Rechte Musik* (1995), S. 6–15, hier S. 1.

<sup>57</sup> Boehse Onkelz, Die beiden Skandal-Songs: „Türken raus“ und „Deutschland den Deutschen“ und das ominöse Demo-Tape, [www.onkelz.de/timeline/1983/03/die-beiden-skandal-songs-tuerken-raus-und-deutschland-den-deutschen-und-das-ominoese-demo-tape/](http://www.onkelz.de/timeline/1983/03/die-beiden-skandal-songs-tuerken-raus-und-deutschland-den-deutschen-und-das-ominoese-demo-tape/) (Stand: 13.03.2021).

<sup>58</sup> Vgl. B'nai B'rith, *Anti-defamation League, The Skinhead International. A Worldwide Survey of Neo-Nazi Skinheads*, New York 1995, S. 37.

<sup>59</sup> Vgl. Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien, Bekanntmachung Nr. 6/2018 über jugendgefährdende Trägermedien, Vom 18. Juni 2018, BAnz AT 29.06.2018 B9; Manfred Ertel/Matthias Müller v. Blumencron, „Dann sing' ich ‚Blut und Ehre‘“, in: *Der Spiegel* 53/1992, S. 40–43; Klaus Farin, *Die Skins. Mythos und Realität*, Berlin 1998, S. 223.

<sup>60</sup> Zitiert nach Jakob, *Die Bleibenden*, S. 6.

<sup>61</sup> Vgl. Ertel/Müller v. Blumencron, „Dann sing' ich ‚Blut und Ehre‘“, S. 40–43.

<sup>62</sup> Vgl. Cremer, *Asyldebatte in Deutschland*, S. 17; Goeke, „Wir sind alle Fremdarbeiter!“, S. 39; Poutrus, *Umkämpftes Asyl*, S. 165.

<sup>63</sup> Vgl. Patrick Gensing, *Schlagworte und Brandsätze: Die „Asyldebatte“ gestern und heute*, 20.08.2015, [www.boell.de/de/2015/08/20/die-asyldebatte-gestern-und-heute](http://www.boell.de/de/2015/08/20/die-asyldebatte-gestern-und-heute) (Stand: 16.02.2021); Martin Wengeler, *Multikulturelle Gesellschaft oder Ausländer raus? Der sprachliche Umgang mit der Einwanderung seit 1945*, in: Georg Stötzel/Martin Wengeler (Hrsg.), *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland, Sprache. Politik. Öffentlichkeit*, Berlin/New York 1995, Bd. 4, S. 711–750, hier S. 735.

## Politische Debatte

Der Widerstand innerhalb der Union gegen die Änderung des Grundgesetzartikels 16 etwa seitens des Bundeskanzlers Helmut Kohl (CDU), der das unbedingte politische Asyl aufgrund der Erfahrungen des Nationalsozialismus nicht antasten wollte, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Union wie SPD spätestens seit dem Bundestagswahlkampf 1987 die Vor- und Nachteile einer Änderung der Asylnorm im Grundgesetz zugunsten einer strikten Abschottungspolitik offen diskutiert hatten.<sup>64</sup> SPD und FDP kommunizierten zwar, dass die bestehenden Asylregelungen ohne Grundgesetzänderung ausreichten, doch brüstete sich etwa SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau bald wahlkämpferisch damit, den „Asylannten-Transit“<sup>65</sup> von Ost- nach Westberlin gestoppt zu haben – dabei erfolgte dies als Wahlkampfhilfe gegen die Union durch Erich Honecker persönlich.<sup>66</sup> Solche diskursiven Vorstöße erleichterten es der Union als Wahlsiegerin, gegen Flüchtlinge gerichtete Maßnahmen vorzuschlagen und umzusetzen. Neben Sperrungen offener Einreisewege über die DDR und Ost-Berlin zählten dazu die Asylrechtsnovelle von 1987, restriktivere Visavorschriften für Bürger oft bürgerkriegszerfressener afrikanischer und asiatischer Staaten sowie die Aufhebung des Abschiebeschutzes für mittel- und osteuropäische Asylsuchende ab 1989.<sup>67</sup>

Die Union behielt diesen Kurs nach ihrem erneuten Sieg bei der Bundestagswahl 1990 bei. So erlaubte die Neufassung des deutschen Ausländergesetzes mit Wirkung zum 1. Januar 1991 weiterhin den Familiennachzug, doch konnten Asylberechtigte erst nach sieben Jahren halbjährlicher Verlängerungen eine Niederlassungs- und Arbeitserlaubnis erhalten, was wohl ihre Lebensqualität in Deutschland minimieren sollte.<sup>68</sup> Aus dieser menschenunwürdigen Situation konstruierte der Vorsitzende der Berliner CDU-Fraktion, Klaus-Rüdiger Landowsky, die rassistische Behauptung, „Ausländer“ würden „bettelnd, betrügend, ja auch messerstechend durch die Straßen ziehn [sic], festgenommen werden und

---

<sup>64</sup> Vgl. Bade, Ausländer, Aussiedler, Asyl, S. 102f; Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik, S. 268 und 278; Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 161 und 174–175; Ryssel, Innerdiskursive Kontroversen, S. 182–183.

<sup>65</sup> Gaserow, Lichterketten.

<sup>66</sup> Vgl. Margit Roth, Innerdeutsche Bestandsaufnahme der Bundesrepublik 1969–1989. Neue Deutung, Wiesbaden 2014, S. 585; Ryssel, Innerdiskursive Kontroversen, S. 28.

<sup>67</sup> Vgl. Bade/Oltmer, Flucht und Asyl 1950–1989; Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik, S. 270 und 299; Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 161.

<sup>68</sup> Vgl. Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1990 I, S. 1354 ff; Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 162.

nur, weil sie das Wort ‚Asyl‘ rufen, dem Steuerzahler in einem siebenjährigen Verfahren auf der Tasche liegen.“<sup>69</sup>

Schließlich verfasste der CDU-Generalsekretär Volker Rühe anlässlich der Bremer Bürgerschaftswahl im September 1991 ein entscheidendes Rundschreiben, das die CDU-Basis dazu aufforderte, auf allen Ebenen der Parteipolitik die Asylbewerberzahlen zu dramatisieren und die SPD damit zu konfrontieren.<sup>70</sup> Beschlussvorlagen und Pressematerialien lagen bei. Der Populist Rühe ließ etwa Kindergartenfinanzierungen mit Unterbringungskosten für Flüchtlinge gegenrechnen oder Unterrichtsausfälle aufgrund von zur Unterkunft umfunktionierten Schulen und Turnhallen problematisieren.<sup>71</sup> Dadurch konnte die Union Flüchtlinge und Asylsuchende als direkte Gefahr für Bildung und Wohlstand der Menschen vor Ort darstellen.<sup>72</sup>

Hintergrund dieser sachlich verkleideten rassistischen Propaganda war eine gesetzesgewollt eskalative Situation, die das rassistische Klima weiter anfeuerte:<sup>73</sup> Die Vorschrift lautete, dass Asylbewerber in Sammelunterkünften wohnten und dass für sie wie für Geduldete ein Erwerbsverbot galt, was sie wiederum vollständig von geringen staatlichen Leistungen abhängig machte. Die Bundesländer und Kommunen mussten etwa für Verfahren, Verpflegung, Unterkunft und Schutz aufkommen und teils Kompromisse eingehen.<sup>74</sup> Oft waren sie darauf nicht vorbereitet.<sup>75</sup> Um Unterstützung mussten sie mit dem Staat, 1992 etwa in Person des Bundesfinanzministers Theo Waigel (CSU), hart feilschen.<sup>76</sup> Bessere Regelungen zur finanziellen Entlastung existierten nicht und waren politisch nicht beabsichtigt.<sup>77</sup> Stattdessen lastete die Union eine Vielzahl denkbarer negativer Folgen dieser Politik den Schutzsuchenden an. Für deren hohe Zahl verantwortete sie wiederum die SPD, etwa als Rühe von „SPD-Asylantern“<sup>78</sup> sprach. Diesen polarisierenden Alleingang der Union missbilligte neben der SPD auch die FDP.<sup>79</sup>

Kurz nach Rühes Rundschreiben, zwischen dem 17. und 23. September 1991, begann die Gewalt in Hoyerswerda: Anschläge auf ein Wohnheim für Flüchtlinge

**69** Vgl. Zitiert nach Staas, Migration und Fremdenfeindlichkeit, S. 126.

**70** Vgl. Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 167.

**71** Vgl. Gaserow, Lichterketten.

**72** Vgl. Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 167.

**73** Vgl. Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 161 und 168.

**74** Vgl. Gaserow, Lichterketten.

**75** Vgl. Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik, S. 301.

**76** Vgl. o. A., „Bei geheimer Abstimmung 90 Prozent“, in: Der Spiegel 43/1992, S. 25; o. A., Miete für Kasernen, in: Der Spiegel 47/1991, S. 16.

**77** Vgl. Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 182.

**78** Zitiert nach Finkbeiner, Nationale Hoffnung, S. 188.

**79** Vgl. Ryssel, Innerdiskursive Kontroversen, S. 32.

und eines für Vertragsarbeiter wurden verübt. Die Stadt verwandelte sich in eine „national befreite Zone“<sup>80</sup>, da fast alle Ausländer infolgedessen wegzogen. Dieser Sieg ermutigte bundesweit zu weiteren rechtsradikalen Attacken.<sup>81</sup>

In einem ARD-Brennpunkt vor Ort in Hoyerswerda bekannten der damalige sächsische Innenminister Rudolf Krause (CDU), Oskar Lafontaine – nochstellvertretender Vorsitzender der SPD – sowie Edmund Stoiber, dass ein signifikanter Teil der deutschen Bevölkerung Ausländer in ihrer Mitte nicht akzeptierte.<sup>82</sup> Dieses Wissen um rassistische Gewalttaten und Ideologien funktionierte Schäuble, paradigmatisch für die CDU-Politik, am 19. Oktober 1991 im Bundestag um zu einem wohlstandschauvinistischen Appell für die Verfassungsänderung:

Wieso eigentlich wollen wir von unseren Mitbürgern verlangen, daß sie ertragen und verstehen sollen, daß Hunderttausende von Asylbewerbern mit erheblichen finanziellen Belastungen für die Steuerzahler für Jahre untergebracht und versorgt werden sollen, obwohl von vornherein klar ist, daß die allermeisten nicht als politisch verfolgt anerkannt werden können und daß sie nach jahrelangen Verfahren am Ende unser Land dennoch nicht verlassen?<sup>83</sup>

Im Wesentlichen entsprach dies der Forderung der *Bild* vom 30. Juni 1991:

Die Deutschen sind weder ausländerfeindlich, noch sind sie Rechtsextremisten. Aber wenn der ungehemmte Zustrom von Asylannten weiterwächst, wird auch die Gewalt gegen sie zunehmen. Sind unsere Politiker unfähig, das zu begreifen?<sup>84</sup>

Fluchtgründe und menschliches Leid der Flüchtlinge wurden vor diesem Hintergrund zunehmend irrelevant. Im *Spiegel* zeichnete der Politikwissenschaftler Claus Leggewie die Richtlinie der Unions-Kommunikation nach:

Den Bürger ob seiner extremen Anwandlungen zu schelten vergrößert nur dessen Verdrossenheit. Also hält man nach ‚berechtigten Anliegen‘ der Glatzköpfe und ihrer Sympathie-

**80** Marc Brandstetter, „National befreite Zonen“ – Konzept und Inhalte, in: Marc Brandstetter, Die NPD unter Udo Voigt (=Extremismus und Demokratie 25), Baden-Baden 2012, S. 323 – 328; vgl. Burkhard Schröder, Im Griff der rechten Szene. Ostdeutsche Städte in Angst, Reinbek 1997, S. 158.

**81** Vgl. Michael Lausberg, Die extreme Rechte in Ostdeutschland 1990 – 1998, Marburg 2012, S. 64; Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 169.

**82** Vgl. ARD Brennpunkt, Programmgänzung, September 1991, [youtu.be/0gjFyPnCQnU](https://youtu.be/0gjFyPnCQnU) (Stand: 02.02.2021); Heribert Prantl, Fassungslose Reporter, johlende Menge, in: SZ.de, 23.08.2012. [www.sueddeutsche.de/politik/20-jahre-rostock-lichtenhagen-spiel-mir-das-lied-vom-tod-1.1448105-0#seite-3](http://www.sueddeutsche.de/politik/20-jahre-rostock-lichtenhagen-spiel-mir-das-lied-vom-tod-1.1448105-0#seite-3) (Stand: 21.03.2021); vgl. o. A., Ansprache in Babydeutsch, in: Der Spiegel 52/1991, S. 56 – 59.

**83** Zitiert nach Jürgen Leinemann, „Das Beste daraus machen“, in: Der Spiegel 48/1991, S. 38.

**84** Zitiert nach Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik, S. 302.

santen Ausschau. Prompt entstand der fatale Kurzschluß: weniger Ausländer, weniger Gewalt.<sup>85</sup>

Unionsregierung und *Bild* bekamen alsbald ihren Willen. Noch während der rechtsradikale Mob am 23. August 1992 in Rostock-Lichtenhagen auf über 3.000 Menschen anschwoll, von Anwohnern beklatscht wurde und auf keine bemühte polizeiliche Reaktion stieß, erfolgte die „Petersberger Wende“ der SPD: Oskar Lafontaine und der SPD-Vorsitzende Björn Engholm überzeugten die Partei, der Verfassungsänderung zuzustimmen.<sup>86</sup> Kurz darauf, am 24. August 1992, flogen Molotow-Cocktails auf das Rostocker Sonnenblumenhaus<sup>87</sup>, bejubelt von vormaligen DDR-Bürgern: „Wir kriegen euch alle!“<sup>88</sup> Die Polizei ließ, wie Reporter und sogar hochrangige Polizisten mutmaßten, beeinflusst durch höhere Stellen dem Pogrom seinen Lauf, um mittels einer kontrollierten Eskalation im weiteren Verhandlungsgang Druck auf die SPD auszuüben.<sup>89</sup>

Führende Unionspolitiker signalisierten Verständnis für diesen „öffentlichen Abwehrkampf“<sup>90</sup> gegen die „Asylanten“ und übten sich in Täter-Opfer-Umkehr.<sup>91</sup> Noch während sich der rassistische Hass in Rostock-Lichtenhagen entlud, äußerte Bundesinnenminister Rudolf Seiters auf einer Pressekonferenz:<sup>92</sup> „Wir müssen handeln gegen den Missbrauch des Asylrechts.“<sup>93</sup> Der Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommerns, Berndt Seite, kommentierte am 25. August: „Die Vorfälle der vergangenen Tage machen deutlich, dass eine Ergänzung des Asylrechts dringend erforderlich ist, weil die Bevölkerung durch den ungebremsten Zustrom an Asylanten überfordert wird.“<sup>94</sup> Auch der Berliner Innensenator Dieter Heck-

**85** Claus Leggewie, „Die geschlossene Republik“, in: Der Spiegel 43/1991, S. 32.

**86** Vgl. Gaserow, Licherketten; Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 169 – 170; Thomas Prenzel, Rostock-Lichtenhagen im Kontext der Debatte um die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl, in: Thomas Prenzel (Hrsg.), 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen, Rostock 2012, S. 9 – 30, hier S. 10; Kevin Schubert, Anschläge, Morde, Hetzjagden, in: ZDF.de, 19.02.2021, www.zdf.de/nachrichten/politik/rechtsextremismus-gewalt-terror-chronik-100.html (Stand: 02.03.2021).

**87** Vgl. Speit, Terror von rechts, S. 98.

**88** Vgl. Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 170.

**89** Vgl. Otto Diederichs, Das Polizeidebakel von Rostock, in: Bürgerrechte & Polizei/CILIP 44/1 (1993), S. 6 – 15, <https://archiv.cilip.de/alt/ausgabe/44/rostock.htm> (Stand: 13.03.2021); Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 169; Jochen Schmidt, Politische Brandstiftung, Berlin 2002, S. 49 – 50, 82, 124 – 130, 156, 175, 178 – 179, 189 und 192 – 194; Speit, Terror von rechts, S. 99; o. A., „Wir brauchen jetzt 'ne Krache“, S. 36.

**90** Vgl. Bade/Oltmer, Flucht und Asyl 1950 – 1989.

**91** Vgl. Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 171.

**92** Vgl. Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 170.

**93** Zitiert nach Cremer, Asyldebatte in Deutschland, S. 17.

**94** Zitiert nach Speit, Terror von rechts, S. 99.

elmann (CDU) behauptete gegenüber dem *Spiegel*, die Geschehnisse seien nur der „[...] vollauf berechtigte Unmut“ über „den Massenmißbrauch des Asylrechts.“<sup>95</sup>

Am 15. Oktober stimmte die FDP unter Fraktionschef Hermann Otto Solms und Parteichef Otto Graf Lambsdorff, der bereits 1986 für Asylrechtsänderungen eingetreten war, in einer Bundestagsresolution den Grundkoordinaten der Union – einem verminderter Schutzzanspruch und schlechteren Rechtstatus Schutzsuchender abseits einer europäischen Lösung – zu.<sup>96</sup> Sie übergingen kritische Stimmen wie die des Vize-Vorsitzenden des Bundestags-Innenausschusses Wolfgang Lüder (FDP), der schon im Frühjahr 1992 problematisiert hatte, dass der Asylkompromiss keinen Asylbegriff auf Basis der Genfer Flüchtlingskonvention einführe, sondern, wie er später anmerkte, einen „Cordon asylaire“<sup>97</sup> bedeute.<sup>98</sup>

Die SPD operierte zu diesem Zeitpunkt noch unter dem Motto „Asylrecht gegen Einwanderungsgesetz“<sup>99</sup>. Um diese Forderung zu kassieren, organisierte die Union unter dem Slogan „Liebe SPD-Mitglieder“ eine vom CDU-Generalsekretär Peter Hintze gemanagte Medienkampagne, die die SPD-Parteibasis dazu aufforderte, gegen die „Blockadehaltung“ der Spitze aufzubegehen.<sup>100</sup> Kohl setzte im Oktober 1992 nach, als er überdies den Staatsnotstand beschwor, und Schäuble, indem er eine Gefährdung der Seele der Republik proklamierte.<sup>101</sup>

Die SPD war gespalten.<sup>102</sup> Die Befürworter der Abschottungspolitik bezeichneten diese gar als Mittel gegen Xenophobie und Rassismus. Lafontaine etwa, mittlerweile Bundesratspräsident, argumentierte gegen die Parteilinke, „der Mob übernimmt die Kontrolle des Zuzugs“<sup>103</sup>, und behauptete, Deutschland sei selbst ein „Verfolgerstaat“<sup>104</sup> geworden. Rudolf Scharping, damals rheinland-pfälzischer Ministerpräsident, ergänzte: „Wenn ich politisch Verfolgte schützen will,

<sup>95</sup> Vgl. Ulrich Beck, Biedermänner und Brandstifter, in: Der Spiegel 46/1992, S. 37.

<sup>96</sup> Vgl. Kannankulam, Kräfteverhältnisse, S. 108 – 109; o. A. Göttliche Hände, in: Der Spiegel 43/1992, S. 22.

<sup>97</sup> BT-PlPr 12/160, S. 13587 A.

<sup>98</sup> Vgl. o. A., FDP-Politiker für Änderung am Asylkompromiß, in: Süddeutsche Zeitung, 20.03.1992.

<sup>99</sup> Vgl. Kannankulam, Kräfteverhältnisse, S. 108.

<sup>100</sup> Vgl. CDU, 4. Parteitag der CDU Deutschlands, 12.–14. September 1993, Berlin, Bericht der Bundesgeschäftsstelle, Anlage zum Bericht des Generalsekretärs, S. 21, [www.kas.de/c/document\\_library/get\\_file?uuid=6bf09d94-1d6b-269d-fd00-b2755b903796&groupId=252038](http://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=6bf09d94-1d6b-269d-fd00-b2755b903796&groupId=252038) (Stand: 09.03.2021).

<sup>101</sup> Vgl. Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik, S. 316; Kannankulam, Kräfteverhältnisse, S. 109; Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 176; o. A., Göttliche Hände, S. 22.

<sup>102</sup> Vgl. Finkbeiner, Nationale Hoffnung, S. 214.

<sup>103</sup> Zitiert nach o. A., „Bei geheimer Abstimmung 90 Prozent“, S. 25.

<sup>104</sup> Zitiert nach o. A., „Bei geheimer Abstimmung 90 Prozent“.

muß ich sie vor dem Mahlstrom der Wanderungsbewegung schützen, die auf uns zurollt.“<sup>105</sup>

Nach einem Parteitag am 16. bis 17. November 1992 beharrte die SPD darauf, nur einer Grundgesetzänderung zuzustimmen, sofern ein Integrationspaket für Einwanderer verabschiedet würde, was bundesweit zu Demonstrationen und Protestschreiben führte, darunter das berühmte *Hamburger Manifest gegen eine Änderung des Artikels 16 im Grundgesetz vom 7. Oktober 1992*.<sup>106</sup> Über 3.000 Unterzeichner aus dem Kulturbetrieb warnten darin:

Die Verfassungsnorm [...] ohne Not und als Reaktion auf die Rechtsradikalen zu kassieren, symbolisiert einen eklatanten Mangel an Geschichtsbewußtsein, Wertorientierung und auch an Politikbeherrschung. [...] Ein panikartiger Zugriff auf Grundrechte löst kein Problem, sondern gerät nur zu leicht zum ersten Schritt einer fortgreifenden Aushöhlung unserer Verfassung und – nicht weniger gefährlich – legitimiert wie ein Irrwitz den Schlachtruf der neuen Rechtsbewegung ‚Deutschland den Deutschen‘ konstitutionell, statt sie politisch zu bekämpfen.<sup>107</sup>

Stoiber (CSU) kündigte postwendend ein „Ende der Einheit der Union“<sup>108</sup> an, sollten Vorschläge oder Kritiken von FDP und SPD bedacht werden. Wenig später, am 23. November 1992, ermordeten zwei Neonazis drei Menschen und verletzten neun schwer bei einem Brandanschlag auf die Häuser zweier türkischer Familien in Mölln.<sup>109</sup> Das Gerichtsverfahren bot Anlass zu Demonstrationen, die das damals populäre Protestmittel der Lichterkette einsetzten, welche „Asylkritiker“ prompt mit nationalsozialistischen Fackelzügen verglichen.<sup>110</sup>

Begleitet von einer Großdemonstration gegen Rechtsextremismus am 6. Dezember 1992 in München einigten sich konservativliberale Regierungskoalition und SPD auf den Asylkompromiss.<sup>111</sup> Die Verhandlungsführer der SPD, Hans

**105** o. A., „Bei geheimer Abstimmung 90 Prozent“.

**106** Vgl. Christine Bach, CDU, CSU, FDP und SPD einigen sich auf eine Neuregelung des Asylrechts, [www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/cdu-csu-fdp-und-spd-einigen-sich-auf-eine-neuregelung-des-asylrechts](http://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/cdu-csu-fdp-und-spd-einigen-sich-auf-eine-neuregelung-des-asylrechts) (Stand: 08.03.2021); Kannankulam, Kräfteverhältnisse, S. 108–109.

**107** o. A., Hamburger Manifest gegen eine Änderung des Artikels 16 im Grundgesetz vom 7. Oktober 1992, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1992, S. 1520, [www.blaetter.de/ausgabe/1992/dezember/hamburger-manifest-gegen-eine-aenderung-des-artikels-16-im-grundgesetz-vom-7-oktober-1992](http://www.blaetter.de/ausgabe/1992/dezember/hamburger-manifest-gegen-eine-aenderung-des-artikels-16-im-grundgesetz-vom-7-oktober-1992) (Stand: 21.02.2021).

**108** Speit, Terror von rechts, S. 99.

**109** Vgl. Gaserow, Lichterketten; Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 171–172; Bruno Schrep, Wir sind so ganz anders, in: Der Spiegel 9/1993, S. 55; Schubert, Anschläge; Speit, Terror von rechts, S. 104.

**110** Vgl. Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 173.

**111** Vgl. Kannankulam, Kräfteverhältnisse, S. 109.

Ulrich Klose, und der Union, Wolfgang Schäuble, sprachen von einem „Signal der Versöhnung.“<sup>112</sup> Der damalige Münchener Oberbürgermeister Georg Kronawitter (SPD) hatte mit seinem Kommentar im März 1992 Recht behalten: „Zuerst wird die FDP umfallen, und dann wird auch meine Partei einsichtig werden müssen.“<sup>113</sup> Nach den Dezemberverhandlungen ergänzte er mit einem ob der Ereignisse angepassten Sprachgebrauch: „Als Sozialdemokrat bedauere ich sehr, daß sich die SPD nicht bereits frühzeitig an die Spitze zur Bekämpfung des Asylmißbrauchs und zur Harmonisierung des europäischen Asylrechts gestellt hat, sondern sich von der Realität schließlich in die Knie zwingen lassen mußte.“<sup>114</sup>

Zwar stimmte die SPD-Bundestagsfraktion am 15. Dezember 1992 für den Leitantrag des Fraktionsvorstands, das Gesetzgebungsverfahren aufzunehmen, doch warnte die Parteilinke vor einem Alleingang der Parteispitze und forderte Rückführungsverträge mit den Transitländern als Vorbedingung, Rechtswegegarantie trotz Asyl-Eilverfahren, Anerkennung der systematischen Vergewaltigungen im Bosnienkrieg als Asylgrund sowie ein europäisches Zuwanderungsgesetz als Ziel.<sup>115</sup> Zudem sollten zügigere Asylverfahren mit Verfahrensgarantien verbunden werden.<sup>116</sup>

Spätestens seit Ende 1992 regten sich auch in den Transitländern Polen, Tschechische Republik und Österreich Bedenken. Sie gaben vor, eine europäische, länderübergreifende Lösung mit geteilter Verantwortung und finanzieller Last anzustreben, wodurch sie nicht Leidtragende neuer deutscher Asylregeln würden, die ihre eigenen Abläufe wie z. B. Abschiebeabkommen dysfunktional machen könnten.<sup>117</sup> Demgegenüber zeigte sich die Bundesregierung zwar offen, doch, wie Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) anmerkte, blieb weitgehend ungeklärt, was abgewiesenen Flüchtlingen nach Rücksendungen – etwa nach Polen – widerfahren werde.<sup>118</sup> Ausreichende Aufnahmekapazitäten waren in Polen gar nicht gewährleistet; alleine 1992 hatten

---

<sup>112</sup> Gaserow, Lichterketten.

<sup>113</sup> Zitiert nach o. A., Nach Asylkompromiß: Kronawitter tadeln die SPD, in: Süddeutsche Zeitung, 10.12.1992.

<sup>114</sup> Zitiert nach o. A., Nach Asylkompromiß.

<sup>115</sup> Vgl. o. A., Union: Asylkompromiß schnellstens umsetzen. Auch SPD-Bundestagsfraktion stimmt zu, in: Süddeutsche Zeitung, 16.12.1992.

<sup>116</sup> Vgl. o. A., FDP-Politiker für Änderung.

<sup>117</sup> Vgl. o. A., Polen fordert weitere Absprachen. Nach dem Bonner Asylkompromiß, in: Süddeutsche Zeitung, 09.12.1992; o. A., Wien will die Folgen nicht ausbaden. Bonner Asylkompromiß stößt auf Widerstand, in: Süddeutsche Zeitung, 11.12.1992.

<sup>118</sup> Vgl. o. A., Union: Asylkompromiß schnellstens umsetzen.

acht Millionen Menschen die polnische Ostgrenze übertreten.<sup>119</sup> Zugleich schob das Land zurückgewiesene Flüchtlinge in ihre Herkunftsstaaten ab – ungeachtet dessen, ob Menschenrecht und Genfer Flüchtlingskonvention dort gewahrt blieben.<sup>120</sup>

Statt all diese Bedenken und Vorschläge von Koalitionspartner, Opposition und Nachbarländern sowie manifeste Probleme zu adressieren, verstärkte die Union erneut den Druck auf die SPD und bezichtigte sie des Wortbruchs, da, wie Kanzleramtsminister Friedrich Bohl (CDU) im Dezember 1992 kommentierte, die SPD „im Widerspruch zu dem, was bei dem Koalitionsgespräch mit der Opposition vereinbart wurde“<sup>121</sup>, abwartete.

Die Regierung hingegen hatte längst begonnen, die Umsetzung des Asylkompromisses vorzubereiten, indem sie verstärkt Personal und Beamte wie z. B. Asylrichter zwecks Gerichtsverfahrensbeschleunigung einstellte und Gemeinschaftsunterkünfte einrichtete, um schnellere Abschiebungen zu gewährleisten.<sup>122</sup> Einige, wie Bundesinnenminister Seiters und dessen Innen-Staatssekretär Johannes Vöcking, forderten weiterreichende Maßnahmen wie etwa die Verfahrensbeschleunigung in Transitbereichen und eine „elektronische Überwachung der Grenze“<sup>123</sup>. Rechtstaatlicher Prüfungsaufwand sollte minimiert werden.<sup>124</sup> Die weiche Gegenreaktion der SPD hatte ihr Rechtsexperte Willfried Penner bereits 1991 markiert, als er angab: „Wir haben nicht so sehr ein Zugangs-, wir haben vor allem ein Abschiebeproblem.“<sup>125</sup>

Union, Koalitionspartner FDP und die Oppositionspartei SPD reichten schließlich am 19. Januar 1993 den sogenannten Asylkompromiss zur Abstimmung ein.<sup>126</sup> Im März 1993 warb Scharping im Saarländischen Rundfunk dafür,

**119** Vgl. o. A., Unsicherheit in Polen. Nach Bonner Asylkompromiss, in: Süddeutsche Zeitung, 17.12.1992; o. A., ‚Den Asylkommiß zügig umsetzen‘. Seiters appelliert an die Sozialdemokraten, in: Süddeutsche Zeitung, 08.01.1993.

**120** Vgl. Detlev von Larcher, Ein parlamentarisches Trauerspiel. Zum Umgang der Bundesregierung mit Fragen nach dem Asylkommiß, 12.02.1993, in: Sozialdemokratischer Pressedienst 48 /20, Z 9597 B, S. 1–3.

**121** Zitiert nach o. A., Union: Asylkommiß schnellstens umsetzen.

**122** Vgl. o. A., Zähnekniſchen hinter verschlossenen Türen. SPD-Fraktion billigt Asylkommiß, in: SZ Süddeutsche Zeitung, 16.12.1992.

**123** Zitiert nach Heribert Prantl, Asylkommiß auf der Rutschbahn, in: Süddeutsche Zeitung, 09.01.1993; o. A., Scharrenberger: SPD nicht vergrätzen, in: Süddeutsche Zeitung, 14.01.1993; o. A., ‚Den Asylkommiß zügig umsetzen‘.

**124** Vgl. Prantl, Asylkommiß auf der Rutschbahn.

**125** Zitiert nach o. A., Kurzer Prozeß, in: Der Spiegel 43/1991, S. 34.

**126** Vgl. Martina Althoff, Die soziale Konstruktion der Fremdenfeindlichkeit, Wiesbaden 1998, S. 228.

insbesondere als SPD dem Asylkompromiss zuzustimmen und lieferte ein aufschlussreiches Beispiel wohlstandshaubinistischer Argumentation:

Ich vermag mir gar nicht vorzustellen, was politisch und im Umfeld der Sozialdemokratie los wäre, wenn wir die alleinige Verantwortung dafür übernehmen sollten, daß bei einer wachsenden Zahl von Arbeitslosen die Einwanderung in das Sozialsystem immer weiter und ungehindert stattfindet, mit dem Ergebnis, daß am Ende das gesamte soziale System nicht mehr haltbar, nicht mehr finanziert wären.<sup>127</sup>

Zwar war der Jugoslawienkrieg „gekennzeichnet von Sezessionsansprüchen und Kampfhandlungen im ganzen Land, der Errichtung von Konzentrationslagern, ethnischen Säuberungen, Vertreibungen und Massenvergewaltigungen“<sup>128</sup> und gipfelte im Genozid von Srebrenica, doch Scharping bewog dies einzig dazu, eine parasitäre Masseneinwanderung unqualifizierter Ausländer zu beschwören, obwohl es sich um Schutzsuchende handelte, die doch meist qua Gesetz (s.o.) keine Arbeitserlaubnis hatten.

Marginale Widersacher auf Parteienebene blieben neben der SED-Nachfolgepartei PDS nur B90/Die Grünen.<sup>129</sup> Die politische Linie letzterer, aufgrund der kolonialen Vergangenheit für „Wirtschaftsflüchtlinge“ Verantwortung übernehmen zu müssen, strafte der bayrische Ministerpräsident Max Streibl (CSU) mit der Bemerkung ab, sie wollten eine „multikriminelle Gesellschaft“<sup>130</sup>. Doch auch die Arbeitgeberverbände, die eine geregelte Einwanderung forderten, übergang die Regierung.<sup>131</sup> Ebenso verfuhr sie mit der Kritik am bevorstehenden Asylkompromiss durch NGOs, Kirchen, Gewerkschaften, Industrieverbände wie der VDMA, durch den Zentralrat der Juden, die Deutsch-Arabische und Deutsch-Israelische Gesellschaft in einem gemeinsamen Communiqué und sogar durch den Vertreter des UNO-Flüchtlingskommissars, Walter Koisser.<sup>132</sup> Laut Koisser ignorierten Union, FDP und SPD jedwede sachverständige Kritik und schrieben ihre Meinung als

<sup>127</sup> Zitiert nach o. A., Scharping warnt vor Scheitern, in der Debatte um den Asylkompromiß, in: Süddeutsche Zeitung, 18.05.1993.

<sup>128</sup> Mira Ballmaier, Die Massenverbrechen in Jugoslawien (1995), in: Genocide Alert, [www.genocide-alert.de/projekte/deutschland-und-massenverbrechen/jugoslawien/](http://www.genocide-alert.de/projekte/deutschland-und-massenverbrechen/jugoslawien/) (Stand: 15.03.2021).

<sup>129</sup> Vgl. Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 167.

<sup>130</sup> Zitiert nach Andreas Kuhlmann, Faustrecht. Gewalt in Schule und Freizeit, Köln 1998, S. 89.

<sup>131</sup> Vgl. Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik, S. 309 – 313.

<sup>132</sup> Vgl. Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik, S. 267 und 278; Kannankulam, Kräfteverhältnisse, S. 108; vgl. Nuscheler, Internationale Migration, S. 133; o. A., Amnesty kritisiert den Asylkompromiß. Internationaler Tag der Menschenrechte, in: Süddeutsche Zeitung, 10.12.1992; o. A., Berliner Synode verlangt Abkehr von Asylkompromiß, in: Süddeutsche Zeitung, Nachrichten, 19.04.1993.

Gesetz nieder, um das Asylrecht letztlich derart einzuschränken, „daß fast nichts mehr davon übrigbleibt.“<sup>133</sup>

Eine Lektüre von Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses der Regierung bestätigt dies. Diese besagen, dass alle Anträge von Bündnis 90/Die Grünen abzulehnen oder als erledigt zu erklären sind, wie etwa Kompetenzen von mit Asylprozessen beschäftigtem Personal und Kontrollinstanzen aufzubauen, Migranten eine bessere Rechtsstellung zu verschaffen und gegen den eklatanten deutschen Rassismus vorzugehen.<sup>134</sup> „Doppelte Staatsbürgerschaft, Einwanderungsgesetz, kommunales Wahlrecht, Erhöhung der Entwicklungshilfe“<sup>135</sup>, einst zentrale Forderungen der SPD, wurden ebenfalls indiskutabel.

Dennoch würde die SPD treuselig der nationalliberalen Regierung Folge leisten. Nach zwölfstündiger Debatte verabschiedete der Deutsche Bundestag am 26. Mai 1993 den Asylkompromiss mit 521 zu 132 Stimmen in Bonn, was eine Änderung des Grundgesetzartikels 16 und des Asylverfahrensgesetzes sowie die Neuschaffung des Grundgesetzartikels 16a zur Folge hatte.<sup>136</sup>

Erfolglos hatten etwa 10.000 Demonstranten den Bonner Plenarsaal umstellt, um die Abstimmung zu verhindern.<sup>137</sup> Versuche, ihn zu stürmen, unterband die Polizei anders als bei den Pogromen in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen elegant, weshalb sie mit dem Ausruf „Wo, wo, wo wart ihr in Rostock?“<sup>138</sup> Kritik erntete.<sup>139</sup> Die Abgeordneten konnten per Hubschrauber und gechartertem Rheinschiff anlanden und ihres Amtes walten. Drei Tage später übten Rechtsradikale einen Brandanschlag auf das Haus der Familie Genç in Solingen aus, der

**133** o. A., UNO-Flüchtlingskommissar kritisiert Asylkompromiß. SZ-Interview mit Walter Koisser, in: Süddeutsche Zeitung, 26.05.1993, S. 10.

**134** Vgl. Deutscher Bundestag, Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuß), Drucksache 12/4984, 18.05.93, BT-Drucks. 12/4984 S. 3 und 6.

**135** Gaserow, Lichterketten.

**136** Vgl. Althoff, Soziale Konstruktion, S. 228; BT-PlPr 12/160; Kannankulam, Kräfteverhältnisse, S. 109.

**137** Vgl. Gaserow, Lichterketten.

**138** Vgl. Antifa Bonn/Rhein-Sieg, 20 Jahre nach dem Pogrom in Rostock Lichtenhagen. Wir werden es nie vergessen, 2012, <http://antifabonn.blogspot.de/2012/08/12/20-jahre-nach-dem-pro-grom-in-rostock-lichtenhagen-wir-werden-es-nie-vergessen/> (Stand: 22.05.2021).

**139** Siehe auch Andreas Appel, Rassismusdebatte zur Deutschen Polizei. Stimmungsbild aus dem Weserbergland von betroffenen Polizistinnen und Polizisten, Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen, 06.07.2020, <https://gdp-goettingen.de/wp-content/uploads/2020/07/2020-07-06-GdP-HM-Brief-Stimmung-Rassismusdebatte.pdf> (Stand: 22.05.2021); Lenz Jacobsen, Versäumte Aufarbeitung: Lichtenhagen steht am Fenster, in: Der Tagesspiegel, 26.08.2012, <https://www.tagesspiegel.de/politik/rostocker-ausschreitungen-vor-20-jahren-versaeumte-aufarbeitung-lichten-hagen-steht-am-fenster/7056346.html> (Stand: 22.05.2021).

fünf Todesopfer und etliche Verletzte forderte.<sup>140</sup> Wie nach dem Sieg des Mobs in Rostock brach sich anschließend an den Asylkompromiss eine Welle rechtsradikaler Gewalt Bahn.<sup>141</sup>

Erst nachdem der Asylkompromiss abgesegnet war, äußerten sich Kohl, Seiters, Rau und viele weitere seiner Drahtzieher energisch gegen Xenophobie und traten, etwa nach dem Solinger Anschlag, lautstark für ein friedvolles und fruchtbare Zusammenleben von Deutschen und Migranten ein – eine bezeichnende zeitliche Abfolge, die bisweilen – etwa von der Konrad-Adenauer-Stiftung – verklärt wird.<sup>142</sup>

## Das Kalkül des Asylkompromisses

Den Asylkompromiss vom 26. Mai 1993 nur als Resultat einer rassistischen inländischen Debatte zu verstehen, geht fehl. Er hatte eine europarechtliche Dimension. Mit dem Vertrag von Maastricht vom 7. Februar 1992 und der Londoner Resolution der EG-Innenminister im Dezember 1992 hatten sich die EU-Staaten auf die Konzepte der sicheren Herkunfts- und Transitstaaten geeinigt: Stammten Flüchtlinge aus bestimmten Staaten oder passierten sie diese, verwirkten sie nun ihren Asylanspruch in Europa.<sup>143</sup> Die deutsche Seite hatte zuvor entsprechende Konzepte zur Diskussion gestellt, auch mit dem Ziel, sie über einen internationalem Verhandlungserfolg als Bestandteile einer deutschen Verfassungsänderung zu legitimieren.<sup>144</sup> Basierend auf der Transitroute Abschiebungen zu gestatten, um die Zahl der Asylbewerber in Deutschland zu senken, harmonierte vor dem Asylkompromiss nicht mit dem deutschen Recht und Gesetz.<sup>145</sup>

---

**140** Vgl. Anne Broden, Entwicklungen der Migrationsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland – Eine Bestandsaufnahme, in: Ansgar Drücker/Sebastian Seng/Sebastian Töbel (Hrsg.), Geflüchtete, Flucht und Asyl, Texte zu gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, Flucht- und Lebensrealitäten, rassistischen Mobilisierungen, Selbstorganisation, Empowerment und Jugendarbeit, Düsseldorf 2016, S. 96–100, hier S. 96; Gaserow, Lichterketten.

**141** Vgl. Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 173.

**142** Vgl. Jörg Metes, Kohls Reaktion auf den Anschlag in Solingen: Was nicht passt, wird passend gemacht, in: Ruhrbarone, 04.06.2021, [www.ruhrbarone.de/kohls-reaktion-auf-den-anenschlag-in-solingen-was-nicht-passt-wird-passend-gemacht/199484](http://www.ruhrbarone.de/kohls-reaktion-auf-den-anenschlag-in-solingen-was-nicht-passt-wird-passend-gemacht/199484) (Stand: 07.08.2021); Jürgen Nielsen-Sikora, Brandanschlag rechtsextrem Jugendlicher in Solingen, <https://kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/brandanschlag-rechtsextrem-jugendlicher-in-solingen> (Stand: 22.05.2021).

**143** Vgl. Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 31–32.

**144** Vgl. Kannankulam, Kräfteverhältnisse, S. 110–111.

**145** Vgl. Ryssel, Innerdiskursive Kontroversen, S. 28 und 182.

Die Änderung des Asylgrundrechts erschwerte die Einreise wie Aufnahme von Flüchtlingen erheblich. Mit Wirkung zum 1. Juli 1993 wurde die Aussage „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ aus dem alten Grundgesetzartikel 16 zur Präambel des neu geschaffenen Artikels 16a degradiert und mit vier einschränkenden Absätzen versehen.<sup>146</sup> Politische Verfolgung meinte auch vor dem Asylkompromiss – vereinfacht – nur die menschenrechtswidrige Verfolgung durch einen Staat, was anderweitige Verfolgung als Asylgrund bereits ausschließt.<sup>147</sup>

Absatz 2 führte das Prinzip der sicheren Drittstaaten ein. Flüchtlinge haben danach keinen Rechtsanspruch auf Asyl, wenn sie vor ihrer Einreise einen Staat passierten, in dem Genfer Flüchtlingskonvention und Europäische Menschenrechtskonvention gelten.<sup>148</sup> Absatz 3 führte das Prinzip der sicheren Herkunfts länder ein. Flüchtlinge aus als verfolgungsfrei und menschenrechtskonform geltenden Ländern haben danach nur Rechtsanspruch auf Asyl, wenn es dafür Gegenbeweise gibt.<sup>149</sup> Absatz 4 gestattet es Gerichten bei eingeschränktem Prüfungsumfang und mit kurzer Widerspruchsfrist „offensichtlich unbegründete“ Abschiebungen nur bei „ernstlichen Zweifeln“ auszusetzen.<sup>150</sup> Nach Absatz 5 sind die Absätze 1 bis 4 rechts- sowie vertragskonform gegenüber anderen Staaten.

Eine Asylberechtigung bestand daraufhin nur bei Einreise über Meeres- oder Luftweg und zwar weder aus einem sicheren Herkunftsland oder Drittstaat und bis die Lage im Heimatland eine Rückreise gestattete.<sup>151</sup> Die Beweislast trugen die Geflüchteten, wobei die Personenkontrollen an den inneren EG/EU-Grenzen im Zuge des Schengener Übereinkommens abnahmen.<sup>152</sup> Die Asylberechtigung durfte nun bereits im Transitbereich vor Einreise geprüft werden – oder heute

---

**146** Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.), *Minas – Atlas über Migration, Integration und Asyl*, Köln 2011, S. 19–20; vgl. Poutrus, *Umkämpftes Asyl*, S. 179.

**147** Vgl. Goeke, „Wir sind alle Fremdarbeiter!“, S. 39.

**148** Vgl. Althoff, Soziale Konstruktion, S. 228; BT-Drucks. 12/4984, S. 3; Tanja Podolski, Asylrecht zum Mitreden. 6/11: Die Rechtsgrundlagen im Asylrecht, 28.11.2017, S. 6, [www.lto.de/recht/hintergruende/h/asylrecht-zum-mitreden-fakten-fluechtlinge-rechtslage-obergrenze/6/](http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/asylrecht-zum-mitreden-fakten-fluechtlinge-rechtslage-obergrenze/6/), (Stand: 12.02.2021); Poutrus, *Umkämpftes Asyl*, S. 179–180; Ryssel, Innerdiskursive Kontroversen, S. 28–31.

**149** Vgl. Althoff, Soziale Konstruktion, S. 229; Cremer, Asyldebatte in Deutschland, S. 8; Fabio Ghelli/Ricarda Wiese, Deutschland und die „sicheren Herkunftsstaaten“, 19.09.2014, <https://mediendienst-integration.de/artikel/sichere-herkunftsstaender-serbien-mazedonien-ghana-senegal.html> (Stand: 12.02.2021); Podolski, Asylrecht zum Mitreden, S. 6; Poutrus, *Umkämpftes Asyl*, S. 180.

**150** Cremer, Asyldebatte in Deutschland, S. 8.

**151** Vgl. Bach, CDU, CSU, FDP und SPD; Ryssel, Innerdiskursive Kontroversen, S. 32.

**152** Vgl. Bach, CDU, CSU, FDP und SPD; Klaus-Dieter Borchardt, *Die rechtlichen Grundlagen der Europäischen Union*, 7. Aufl., Wien 2020, S. 450 und 610–611.

vorverlagert auf hoher See.<sup>153</sup> Die Prüfung von Asylgesuchen, Zurückweisungen und Abschiebungen wurden hierüber beschleunigt oder in die Transitländer verlagert.<sup>154</sup> Der Asylkompromiss versetzte somit neben den EU- auch die Anrainerstaaten in Zugzwang.<sup>155</sup> Dies entsprach im Wesentlichen dem bereits am 26. Juni 1992 verabschiedeten Asylverfahrensgesetz, gestattete erstmals die Abschiebung von Asylsuchenden und schloss übrigens das populäre Protestmittel des Kirchenasyls aus.<sup>156</sup>

Als de facto Anhang des Asylkompromisses trat am 1. November 1993 das Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft, das Asylsuchenden und Geduldeten einen im Vergleich zu Deutschen um 30 % reduzierten Sozialhilfe-Regelsatz in Form von Sachleistungen zugestand.<sup>157</sup> Das Bundesverfassungsgericht erklärte es 2012 als verfassungswidrig, da es die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz nicht vorsah.<sup>158</sup> Zudem sollten Kriegsflüchtlinge mit § 32a Ausländergesetz einen Kriegsflüchtlingsstatus mit temporärem Aufenthaltstitel ohne Aussicht auf ein Asylverfahren erlangen, wobei meist Duldungen erteilt wurden.<sup>159</sup> Somit wurde es für Kriegsflüchtlinge praktisch aussichtslos, nach dem Asylkompromiss Asylanträge zu stellen.

Der Asylkompromiss war einerseits Resultat einer nationalen Abschottungsstrategie, die die Union orchestrierte und der FDP und SPD bedingungslos folgten. Andererseits stellte er die erste Station auf dem Weg zu einem einheitlich re-

**153** Vgl. Cremer, Asyldebatte in Deutschland, S. 7; Petra Follmar-Otto, Menschenrechte in der Zuwanderungsgesellschaft, in: Petra Follmar-Otto/Georg Lohmann, Menschenrechte in der Zuwanderungsgesellschaft. 2. Potsdamer MenschenRechtsTag am 22. November 2012, Potsdam 2014, S. 21–31, hier S. 24–25; Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 180.

**154** Vgl. Cremer, Asyldebatte in Deutschland, S. 7.

**155** Vgl. Marcel Berlinghoff, Eine gemeinschaftliche Reaktion auf Probleme? Die Europäisierung der Migrationspolitik und ihre Akteure, in: Agnes Bresselau von Bressendorf (Hrsg.), Über Grenzen, Migration und Flucht in globaler Perspektive seit 1945, Göttingen 2019, S. 351–366, hier S. 361–362.

**156** Vgl. Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1992 I, S. 1126 ff; Kannankulam, Kräfteverhältnisse, S. 111; Friedemann Larsen, „Ich bin ein Fremder gewesen, und ihr habt mich aufgenommen“. Zur Renaissance des Kirchenasyls als Rechtsproblem, in: Gilbert H. Gornig/Hans-Detlef Horn (Hrsg.), Migration, Asyl, Flüchtlinge und Fremdenrecht. Deutschland und seine Nachbarn in Europa vor neuen Herausforderungen, Berlin 2017, S. 147–172, hier S. 157; Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 180.

**157** Vgl. Klaus J. Bade, Migrationsreport 2000. Fakten, Analysen, Frankfurt 2000, S. 239; Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1993 I, S. 1074 ff; Cremer, Asyldebatte in Deutschland, S. 7; Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 182.

**158** Vgl. Bundesverfassungsgericht (BVerfG), Urteil des Ersten Senats vom 18. Juli 2012 – 1 BvL 10/10 –, Rn. 1–114; Deutscher Bundestag, Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., Drucksache 12/4451, 02.03.93, BT-Drucks. 12/4451, S. 5–6.

**159** Vgl. Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 181.

striktiveren Asyl- und Einwanderungsrecht und zu Grenzsicherungsmaßnahmen insbesondere an den EU-Außengrenzen dar. Letztlich überführte die Dublin-II-Verordnung 2003 die Inhalte des Artikels 16a fast wortgetreu ins Recht der Europäischen Union, was den Asylkompromiss als Kernelement des heutigen europäischen Asylsystems ausweist.<sup>160</sup>

Welch preußisches Denken die Asylrechtsdebatte durchzog, ist daran abzulesen, dass das Phänomen illegaler Fluchtmigration kaum thematisiert wurde – als ob rechtliche Restriktionen Menschen davon abhielten, um ihr Leben zu laufen.<sup>161</sup> Ganz im Gegenteil führten verstärkte Kontrolle und eingeschränkte Legalisierungsmöglichkeiten bei teils liberalen Einreisebestimmungen nur zu weiterer und nunmehr illegaler Einwanderung.<sup>162</sup> Bezeichnend ist zudem, dass die europäischen Fluchtbewegungen der frühen 1990er Jahre nicht aufgrund des Asylkompromisses abflauten. Vielmehr stabilisierte sich Osteuropa politisch und ökonomisch, worauf die EU-Osterweiterung und damit EU-weite Freizügigkeit folgten.<sup>163</sup>

Seit dem Asylkompromiss existieren faktisch keine legalen und sicheren Fluchtmöglichkeiten nach Deutschland; stattdessen nehmen die Restriktionen zu und die Regulatorik bleibt intransparent.<sup>164</sup> Solange unmenschliche Zustände herrschen, Ressourcen und Chancen ungleich verteilt sind, werden Menschen jedoch vor „Verelendung, Vertreibung, Ausgrenzung“<sup>165</sup> fliehen. Darauf gibt es weder in Deutschland noch in der EU, wie die „Flüchtlingskrise“ 2015/16 unterstrich, kodifizierte Antworten.

## Von den 1990er Jahren bis heute

Zwar wird der brutale Neonazi-Skinhead das Symbolbild des Rassismus der frühen 1990er Jahre bleiben, war er doch wichtiger Bestandteil der Drohkulisse, die

---

**160** Vgl. Borchardt, Die rechtlichen Grundlagen, S. 49; Verordnung (EG) Nr. 343/2003 DES RATES vom 18. Februar 2003 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist.

**161** Vgl. BT-PlPr 12/160, S. 13514D.

**162** Vgl. Goeke, „Wir sind alle Fremdarbeiter!“, S. 42–43.

**163** Vgl. Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 189.

**164** Vgl. Steffen Angenendt/David Kipp/Amrei Meier, Gemischte Wanderungen. Herausforderungen und Optionen einer Dauerbaustelle der deutschen und europäischen Asyl- und Migrationspolitik, i.A.d. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2017, S. 8–9; Kannankulam, Kräfteverhältnisse, S. 111–112.

**165** Wolfgang Pohrt, Harte Zeiten. Neues vom Dauerzustand, Berlin 1993, S. 19.

die Verstümmelung des bereits kümmerlichen deutschen Asylrechts rechtfertigen sollte. Doch politisch weitaus folgenreicher als die Taten uniformierter, kleinstadtischer, Baseballschläger-swingender Schläger- und Mörderbanden und ihrer Sympathisanten war die Verabschiedung des Asylkompromisses durch die Bundespolitik. Deren Aufarbeitung zeigte, wie mittels rassistischer Motive ökonomische Belastungen dem Sündenbock des „Asylanten“ angelastet wurden, um hohe nationale Abschottung bei selektiver Zuwanderungspolitik zu erzielen. Sachpolitik zu wirtschaftlichen Verlustängsten bildet seither die Oberflächenebene von Rassismus und Xenophobie in der Bundespolitik. Deutschland hatte sich in die Opferposition manövriert. Aus dieser Defensive erschwerte es mit dem Asylkompromiss insbesondere Schutzsuchenden, aber auch „volksdeutschen“ Spätaussiedlern den Weg nach Deutschland und in die Europäische Union.

Wo die CDU/CSU auf dem Weg zum Asylkompromiss mit den Motiven für die rassistischen Ausschreitungen, Gewalttaten und Anschläge sympathisierte, wehrte die SPD „Ausländer“ mit der vorgeschenbenen Begründung ab, dass Deutschland zu gefährlich für sie sei, statt die Exekutive entsprechend aufzubauen. Die Union verwies auf die hohen Kosten für den Staat allgemein, die SPD ganz arbeiternah auf die Belastung der Sozialsysteme. Die Medienlandschaft flankierte ihren gemeinsamen Vorstoß mit rassistischer Propaganda, deren Jargon – „Asylant“ – mit zugehöriger rassistischer Denkform große Bevölkerungsteile überzeugte.

Zentrale Schnittstelle für diese parteilich-medial-gesellschaftliche Übereinkunft war der Wohlstandschaudismus. Verkörpert in der Figur des „Asylanten“, vermochte er es, einen inhaltlichen wie ideologischen Abgleich zwischen Parteipolitik, Bevölkerung und Rechtsradikalismus vorzunehmen, verhalf Rassismus und Xenophobie dazu, zu salonfähigen Massenphänomenen zu werden und legitimierte darüber die faktische Abschaffung des Asylrechts in Deutschland. Mangels politischen Gegenwinds hatten die Rassisten meist freie Bahn – auch außerhalb des Parlaments, bestärkt durch fehlende polizeiliche Kapazitäten.<sup>166</sup> Die Erfahrung, Zustimmung über rassistischen Terror zu generieren, prägte eine ganze Generation junger Neonazis, die heute im besten Alter sind.<sup>167</sup>

Infolgedessen begegnete Deutschland Schutzsuchenden nicht mit Humanität, sondern nutzte sie als politische Stellschrauben. Die Gesetzeslage drängte sie in ebenjene Illegalität und materielle Abhängigkeit mangels Aufenthaltsstatus und Arbeitserlaubnis, die ihnen der rassistische Diskurs zum Vorwurf machte und

---

<sup>166</sup> Vgl. Cremer, Asyldebatte in Deutschland, S. 17 und 30; Poutrus, Umkämpftes Asyl, S. 184.

<sup>167</sup> Vgl. Robert Fietzke, 30 Jahre Asyl-Diskurs, 30 Jahre rechter Terror, in: Antifaschistisches Infoblatt 124/2019, S. 10 – 11.

schützte sie wie bereits Zugewanderte nicht ausreichend vor dem Mob. Die Ära Kohl drückte dadurch Generationen von Flüchtlingen mitsamt Nachkommen in Traurigkeit, Integrationsprobleme und Kriminalität. Sie unternahm nichts gegen Aggression und Bedrohung, Misstrauen und Rassismus, sondern hat diese Faktoren vielmehr mitzuverantworten.

Im Zuge der „Europäischen Flüchtlingskrise“ 2015/16 verabschiedete die Bundesregierung mit Asylpaket I und II erneut schärfere Restriktionen für Flüchtlinge bei besserer Entlastung der Kommunen und Förderung von Asylbewerbern mit Aussicht auf einen Aufenthaltstitel. Rassismus, Xenophobie und Wohlstandschauvinismus erstarkten. Seither agitiert die rechtsradikale Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) gegen Zuwanderung und feiert Wahlerfolge insbesondere in Ostdeutschland. Rhetorisch orientiert sich die AfD an der Union der frühen 1990er Jahre – was nicht verwundert, da viele ihrer Mitglieder der damaligen wie heutigen rechtsradikalen Szene entstammen.<sup>168</sup> Deren Vernetzungsgrad nimmt auf nationaler wie internationaler Ebene zu – auch in den Polizeibehörden, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz.<sup>169</sup> Bekanntheit erlangten Ende 2016 das rechtsradikale Prepper-Netzwerk „Hannibal“ in der Bundeswehr, 2018 die Assoziation „NSU 2.0“ in der Polizei und 2021 die Auflösung des Frankfurter SEKs aufgrund einer großen rechtsradikalen Chatgruppe. Zuwachs erhält auch der Rechtsterrorismus.<sup>170</sup> 2019 wurde der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke von einem Rechtsradikalen aufgrund seines Engagements für Flüchtlinge ermordet. Es folgte ein antisemitischer Terroranschlag im Livestream auf die Synagoge in Halle. 2020 ermordete ein Rechtsterrorist bei einem Anschlag auf eine Hanauer Shisha-Bar neun Menschen. Insgesamt hat der Kriminalpolizeiliche Melddienst seit Anfang 2015 bis Ende Januar 2021 bei hoher Dunkelziffer 2.812 politisch motivierte Straftaten gegen Asylunterkünfte registriert.<sup>171</sup>

Ohne akribisch den rassistischen Nährboden der frühen 1990er Jahre historisch aufzuarbeiten, bleiben diese neuesten parlamentarischen wie außerparlamentarischen Entwicklungen unverstanden, die einen den 1990er Jahren ähnlich

---

**168** Vgl. Christian Fuchs/Paul Middelhoff, Das Netzwerk der Neuen Rechten, Hamburg 2019, S. 130–131 und 184.

**169** Vgl. Katharina Iskandar, Polizei in Not, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.06.2021, <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/polizei-in-not-nach-aufloesung-des-frankfurter-sek-17397089.html> (Stand: 22.05.2021); Matthias Meisner/ Heike Kleffner (Hrsg.), Extreme Sicherheit. Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz, Breisgau 2019.

**170** Vgl. Institute for Economics & Peace (IEP), Global Terrorism Index 2020. Measuring the Impact of Terrorism, Sydney 2020, S. 62.

**171** Vgl. Deutscher Bundestag, Gesetzentwurf, Drucksache 19/26906, 24.02.2021, BT-Drucks. 19/26302, S. 2.

anmutenden Gleichschritt anzunehmen scheinen. Und ohne ein Verständnis ihrer historischen und gesellschaftlichen Tragweite sind sie weder aufzuarbeiten, noch kann ihnen die Demokratie adäquat begegnen.

## Literatur

- Althoff, Martina. Die soziale Konstruktion der Fremdenfeindlichkeit, Wiesbaden 1998.
- Ameling, Nina. Politikinstrumente in der europäischen Asylpolitik: Zur Rolle von Experten und Expertise, in: Christian Lahusen/Stephanie Schneider (Hrsg.), Asyl verwalten. Zur bürokratischen Bearbeitung eines gesellschaftlichen Problems, Bielefeld 2017, S. 27–55.
- Angenendt, Steffen/David Kipp/Amrei Meier. Gemischte Wanderungen. Herausforderungen und Optionen einer Dauerbaustelle der deutschen und europäischen Asyl- und Migrationspolitik, i.A.d. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2017.
- Antifa Bonn/Rhein-Sieg. 20 Jahre nach dem Pogrom in Rostock Lichtenhagen. Wir werden es nie vergessen, 2012, <http://antifabonn.blogsport.de/2012/08/12/20-jahre-nach-dem-pogrom-in-rostock-lichtenhagen-wir-werden-es-nie-vergessen/> (Stand: 22.05.2021).
- Antifaschistisches Autorenkollektiv. Drahtzieher im braunen Netz. Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich, Hamburg 1996.
- Appel, Andreas. Rassismusdebatte zur Deutschen Polizei. Stimmungsbild aus dem Weserbergland von betroffenen Polizistinnen und Polizisten, Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen, 06.07.2020, [https://www.gdp.de/gdp/gdpnds.nsf/res/2020-07-06-GdP-HM-Brief-Stimmung-Rassismusdebatte.pdf](https://www.gdp.de/gdp/gdpnds.nsf/res/2020-07-06-GdP-HM-Brief-Stimmung-Rassismusdebatte.pdf/$file/2020-07-06-GdP-HM-Brief-Stimmung-Rassismusdebatte.pdf) (Stand: 22.05.2021).
- ARD Brennpunkt. Programmergebung, September 1991, [youtu.be/0gjFyPnCQnU](https://youtu.be/0gjFyPnCQnU) (Stand: 02.02.2021).
- B'nai B'rith, Anti-defamation League. The Skinhead International. A Worldwide Survey of Neo-Nazi Skinheads, New York 1995.
- Bach, Christine. CDU, CSU, FDP und SPD einigen sich auf eine Neuregelung des Asylrechts, [www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/cdu-csu-fdp-und-spd-einigen-sich-auf-eine-neuregelung-des-asylrechts](http://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/cdu-csu-fdp-und-spd-einigen-sich-auf-eine-neuregelung-des-asylrechts) (Stand: 08.03.2021).
- Ballmaier, Mira. Die Massenverbrechen in Jugoslawien (1995), in: Genocide Alert, [www.genocide-alert.de/projekte/deutschland-und-massenverbrechen/jugoslawien/](http://www.genocide-alert.de/projekte/deutschland-und-massenverbrechen/jugoslawien/) (Stand: 15.03.2021).
- Bauer, Ullrich/Uwe H. Bittlingmayer/Joachim Hirsch. „Der Staat in der frühen Kritischen Theorie bezeichnetet so etwas wie eine Leerstelle.“, in: Uwe H. Bittlingmayer/Alex Demirović/Tatjana Freytag (Hrsg.), Handbuch Kritische Theorie, Wiesbaden 2019, S. 781–796.
- Baur, Jurgita. Europäisches Flüchtlingsrecht. Bemühungen im Rahmen der europäischen Verträge, die Flüchtlingsproblematik zu bewältigen, in: Gilbert H. Gornig/Hans-Detlef Horn (Hrsg.), Migration, Asyl, Flüchtlinge und Fremdenrecht. Deutschland und seine Nachbarn in Europa vor neuen Herausforderungen, Berlin 2017, S. 117–136.
- Bade, Klaus J. Ausländer, Aussiedler, Asyl in der Bundesrepublik Deutschland, München 1994.
- Bade, Klaus J. Migrationsreport 2000. Fakten, Analysen, Frankfurt 2000.

- Bade, Klaus J./Jochen Oltmer. Deutschland, in: Klaus J. Bade/Pieter C. Emmer/Leo Lucassen/Jochen Oltmer (Hrsg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Paderborn u. a. 2007, S. 141–170.
- Bade, Klaus J./Jochen Oltmer. Flucht und Asyl 1950–1989, 15. 03. 2005, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Grundlagendossier Migration, [www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration-ALT/56435/flucht-und-asyl-1950-1989](http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration-ALT/56435/flucht-und-asyl-1950-1989) (Stand: 18. 02. 2021).
- Bade, Klaus J./Jochen Oltmer. Flucht und Asyl seit 1990, 15. 03. 2005, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Grundlagendossier Migration, [www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration-ALT/56443/flucht-und-asyl-seit-1990](http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration-ALT/56443/flucht-und-asyl-seit-1990), (Stand: 04. 02. 2021).
- Beck, Ulrich. Biedermänner und Brandstifter, in: Der Spiegel 46/1992, S. 37.
- Berlinghoff, Marcel. Eine gemeinschaftliche Reaktion auf Probleme? Die Europäisierung der Migrationspolitik und ihre Akteure, in: Agnes Bresselau von Bressendorf (Hrsg.), Über Grenzen, Migration und Flucht in globaler Perspektive seit 1945, Göttingen 2019, S. 351–366.
- Boehse Onkelz. Die beiden Skandal-Songs: „Türken raus“ und „Deutschland den Deutschen“ und das ominöse Demo-Tape, [www.onkelz.de/timeline/1983/03/die-beiden-skandal-songs-tuerken-raus-und-deutschland-den-deutschen-und-das-ominoese-demo-tape/](http://www.onkelz.de/timeline/1983/03/die-beiden-skandal-songs-tuerken-raus-und-deutschland-den-deutschen-und-das-ominoese-demo-tape/) (Stand: 13. 03. 2021).
- Borchardt, Klaus-Dieter. Die rechtlichen Grundlagen der Europäischen Union, 7. Aufl., Wien 2020.
- Brackmann, Karl-Heinz/Renate Birkenhauer. NS-Deutsch: Selbstverständliche Begriffe und Schlagwörter aus der Zeit des Nationalsozialismus, Straelen 2001.
- Brandstetter, Marc. „National befreite Zonen“ – Konzept und Inhalte, in: Marc Brandstetter, Die NPD unter Udo Voigt (=Extremismus und Demokratie 25), Baden-Baden 2012, S. 323–328.
- Broden, Anne. Entwicklungen der Migrationsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland – Eine Bestandsaufnahme, in: Ansgar Drücker/Sebastian Seng/Sebastian Töbel (Hrsg.), Geflüchtete, Flucht und Asyl, Texte zu gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, Flucht- und Lebensrealitäten, rassistischen Mobilisierungen, Selbstorganisation, Empowerment und Jugendarbeit, Düsseldorf 2016, S. 96–100.
- Brodkorb, Mathias. Metamorphosen von rechts. Eine Einführung in Strategie und Ideologie des modernen Rechtsextremismus, Münster 2003.
- Bugiel, Britta. Rechtsextremismus Jugendlicher in der DDR und in den neuen Bundesländern von 1982–1998, Münster 2002.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.). Minas – Atlas über Migration, Integration und Asyl, Köln 2011.
- Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1990 I.
- Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1992 I.
- Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1993 I.
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Binnenwanderungssalden nach Bundesländern\* (1991–2018), [www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/M31-Binnenwanderungssalden-Bundeslaender-ab-1991.html?nn=9992182](http://www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/M31-Binnenwanderungssalden-Bundeslaender-ab-1991.html?nn=9992182) (Stand: 10. 02. 2021).
- Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien. Bekanntmachung Nr. 6/2018 über jugendgefährdende Trägermedien, Vom 18. Juni 2018, BAnz AT 29. 06. 2018 B9.
- Bundesverfassungsgericht (BVerfG). Urteil des Ersten Senats vom 18. Juli 2012 – 1 BvL 10/10 –, Rn. 1–114.

- Bundeszentrale für politische Bildung (BPB). Ausländische Bevölkerung. In absoluten Zahlen, Anteile der Altersgruppen in Prozent, 1970 bis 2016, [www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61622/auslaendische-bevoelkerung](http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61622/auslaendische-bevoelkerung) (Stand: 07.03.2021).
- Bundeszentrale für politische Bildung. Zuzug von (Spät-)Aussiedlern und ihren Familienangehörigen, 01.04.2018, [www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61643/spaet-aussiedler](http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61643/spaet-aussiedler) (Stand: 11.02.2021).
- Butterwegge, Christoph/Alexander Häusler. Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus: Randprobleme oder Phänomene der Mitte?, in: Christoph Butterwegge/Janine Cremer/Alexander Häusler/Gudrun Hentges/Thomas Pfeiffer/Carolin Reißlandt/Samuel Salzborn (Hrsg.), Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Wiesbaden 2002, S. 167 – 216.
- Butterwegge, Christoph. Die zentralen Herausforderungen für den Antifaschismus: Globalisierung, Neoliberalismus und Rechtsextremismus, in: UTOPIEkreativ 135 (2002), S. 55 – 65.
- Butterwegge, Christoph. Weltmarkt, Wohlfahrtsstaat und Zuwanderung, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.), Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, 2. Aufl., Opladen 2003, S. 53 – 92.
- CDU. 4. Parteitag der CDU Deutschlands, 12.–14. September 1993, Berlin, Bericht der Bundesgeschäftsstelle, Anlage zum Bericht des Generalsekretärs, S. 21, [www.kas.de/c/document\\_library/get\\_file?uuid=6bf09d94-1d6b-269d-fd00-b2755b903796&groupId=252038](http://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=6bf09d94-1d6b-269d-fd00-b2755b903796&groupId=252038) (Stand: 09.03.2021).
- Claussen, Detlev. Aspekte der Alltagsreligion, Frankfurt 2000.
- Claussen, Detlev. Was heißt Rassismus?, Darmstadt 1994.
- Claussen, Detlev. Was heißt Rassismus? Ein Essay Leo Löwenthal (1900 – 1993) zur Erinnerung, in: fiph. JOURNAL 28 (2016), S. 4 – 14.
- Cremer, Hendrik. Die Asyldebatte in Deutschland: 20 Jahre nach dem „Asylkompromiss“, Berlin 2013.
- Dahmer, Helmut. Kritische Theorie und Psychoanalyse, in: Uwe H. Bittlingmayer/Alex Demirović/Tatjana Freytag (Hrsg.), Handbuch Kritische Theorie, Wiesbaden 2019, S. 235 – 276.
- Deutscher Bundestag. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuß), Drucksache 12/4984, 18.05.93, BT-Drucks. 12/4984.
- Deutscher Bundestag. Gesetzentwurf, Drucksache 19/26906, 24.02.2021, BT-Drucks. 19/26302.
- Deutscher Bundestag. Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., Drucksache 12/4451, 02.03.93, BT-Drucks. 12/4451.
- Deutscher Bundestag. Kleine Anfrage der Abgeordneten und der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe PDS/Linke Liste, Drucksache 12/2086, 12.02.92, BT-Drucks. 12/2086.
- Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht, 160. Sitzung, Bonn, Mittwoch den 26. Mai 1993, Plenarprotokoll 12/160, BT-PlPr 12/160.
- Diederichs, Otto. Das Polizeidebakel von Rostock, in: Bürgerrechte & Polizei/CILIP 44/1 (1993), S. 6 – 15, <https://archiv.cilip.de/alt/ausgabe/44/rostock.htm> (Stand: 13.03.2021).
- Ertel, Manfred/Matthias Müller v. Blumencron. „Dann sing' ich ,Blut und Ehre“, in: Der Spiegel 53/1992, S. 40 – 43.

- Erzberger, Christian/Christian Lüdemann. Fremdenfeindliche Gewalt in Deutschland. Zur zeitlichen Entwicklung und Erklärung von Eskalationsprozessen, in: Zeitschrift für Rechtssoziologie 2 (1994), Oldenbourg, S. 169 – 190.
- Exner-Seemann, Konrad. 50 Jahre Grundgesetz. Vorläufer des Grundgesetzes, Abgeordnete des badischen Landtages, Karlsruhe 1999.
- Farin, Klaus. „Rechtsrock“ – Eine Bestandsaufnahme, in: PopScriptum 5: Rechte Musik (1995), S. 6 – 15.
- Farin, Klaus. Die Skins. Mythos und Realität, Berlin 1998.
- Fietzke, Robert. 30 Jahre Asyl-Diskurs, 30 Jahre rechter Terror, in: Antifaschistisches Infoblatt 124/2019, S. 10 – 11.
- Finkbeiner, Florian. Nationale Hoffnung und konservative Enttäuschung, Bielefeld 2020.
- Follmar-Otto, Petra. Menschenrechte in der Zuwanderungsgesellschaft, in: Petra Follmar-Otto/Georg Lohmann, Menschenrechte in der Zuwanderungsgesellschaft. 2. Potsdamer MenschenRechtsTag am 22. November 2012, Potsdam 2014, S. 21 – 31.
- Förster, Andreas. Zielobjekt Rechts. Wie die Stasi die westdeutsche Neonaziszene unterwanderte, Berlin 2018.
- Fuchs, Christian/Paul Middelhoff. Das Netzwerk der Neuen Rechten, Hamburg 2019.
- Gaserow, Vera. Lichterketten und SPD-Asylannten in: Die Zeit 49/2012, 29.11.2012, www.zeit.de/2012/49/Debatte-Grundrecht-Asyl-1992 (Stand: 11.02.2021).
- Gensing, Patrick. Schlagworte und Brandsätze: Die „Asyldebatte“ gestern und heute, 20.08.2015, www.boell.de/de/2015/08/20/die-asyldebatte-gestern-und-heute (Stand: 16.02.2021).
- Ghelli, Fabio/Ricarda Wiese. Deutschland und die „sicheren Herkunftsstaaten“, 19.09.2014, <https://mediendienst-integration.de/artikel/sichere-herkunftsstaender-serbien-mazedonien-ghana-senegal.html> (Stand: 12.02.2021).
- Goeke, Simon. „Wir sind alle Fremdarbeiter!“ Gewerkschaften, migrantische Kämpfe und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland der 1960er und 1970er Jahre, München 2016.
- Heilemann, Ullrich. Rezessionen in der Bundesrepublik Deutschland von 1966 bis 2013, in: Wirtschaftsdienst 99/8 (2019), S. 546 – 552.
- Herbert, Ulrich. Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland: Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001.
- Hilpold, Peter. Die Genfer Flüchtlingskonvention 1951 – Reformbedarf angesichts der Flüchtlingskrise?, in: Gilbert H. Gornig/ Hans-Detlef Horn (Hrsg.), Migration, Asyl, Flüchtlinge und Fremdenrecht. Deutschland und seine Nachbarn in Europa vor neuen Herausforderungen, Berlin 2017, S. 105 – 115.
- Hohlfeld, Thomas. Strategien der Ausschaffung – Eine Archäologie der Flüchtlingsbürokratie, Dissertation, FU Berlin 2008, [www.refubium.fu-berlin.de/handle/fub188/12782](http://www.refubium.fu-berlin.de/handle/fub188/12782) (Stand: 11.02.2021).
- Institute for Economics & Peace (IEP). Global Terrorism Index 2020. Measuring the Impact of Terrorism, Sydney 2020.
- Iskandar, Katharina. Polizei in Not, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.06.2021, <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/polizei-in-not-nach-aufloesung-des-frankfurter-sek-17397089.html> (Stand: 22.05.2021).
- Jacobsen, Lenz. Versäumte Aufarbeitung: Lichtenhagen steht am Fenster, in: Der Tagesspiegel, 26.08.2012, <https://www.tagesspiegel.de/politik/rostocker-ausschreitungen-vor-20->

- jahren-versaeumte-aufarbeitung-lichtenhagen-steht-am-fenster/7056346.html (Stand: 22.05.2021).
- Jäger, Margret/Siegfried Jäger. Gefährliche Erbschaften. Die schleichende Restauration rechten Denkens, Berlin 1999.
- Jakob, Christian. Die Bleibenden. Flüchtlinge verändern Deutschland, in: Ansgar Drücker/Sebastian Seng/Sebastian Töbel (Hrsg.), Geflüchtete, Flucht und Asyl, Texte zu gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, Flucht- und Lebensrealitäten, rassistischen Mobilisierungen, Selbstorganisation, Empowerment und Jugendarbeit, Düsseldorf 2016, S. 6–11.
- Kannankulam, John. Kräfteverhältnisse in der bundesdeutschen Migrationspolitik, in: Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hrsg.), Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforchung, Bielefeld 2014, S. 93–112.
- Kuhlmann, Andreas. Faustrecht. Gewalt in Schule und Freizeit, Köln 1998.
- LAGeSo (Hrsg.). Die Zentrale Aufnahmestelle für Aussiedler in Berlin-Marienfelde (= Schriftenreihe für Wissenschaft und Praxis 4), Berlin 2011.
- Larcher, Detlev von. Ein parlamentarisches Trauerspiel. Zum Umgang der Bundesregierung mit Fragen nach dem Asylkompromiß, 12.02.1993, in: Sozialdemokratischer Pressedienst 48 /20, Z 9597 B, S. 1–3.
- Larsen, Friedemann. „Ich bin ein Fremder gewesen, und ihr habt mich aufgenommen“. Zur Renaissance des Kirchenasyls als Rechtsproblem, in: Gilbert H. Gornig/Hans-Detlef Horn (Hrsg.), Migration, Asyl, Flüchtlinge und Fremdenrecht. Deutschland und seine Nachbarn in Europa vor neuen Herausforderungen, Berlin 2017, S. 147–172.
- Lausberg, Michael. Die extreme Rechte in Ostdeutschland 1990–1998, Marburg 2012.
- Leggewie, Claus. „Die geschlossene Republik“, in: Der Spiegel 43/1991, S. 32.
- Leinemann, Jürgen. „Das Beste daraus machen“, in: Der Spiegel 48/1991, S. 38.
- Luft, Stefan/Peter Schimany. Asylpolitik im Wandel, in: Stefan Luft/Peter Schimany (Hrsg.), 20 Jahre Asylkommiss. Bilanz und Perspektiven (=Edition Politik 16), Bielefeld 2014, S. 11–30.
- Meisner, Matthias/Heike Kleffner (Hrsg.). Extreme Sicherheit. Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz, Breisgau 2019.
- Metes, Jörg. Kohls Reaktion auf den Anschlag in Solingen: Was nicht passt, wird passend gemacht, in: Ruhrbarone, 04.06.2021, www.ruhrbarone.de/kohls-reaktion-auf-den-anenschlag-in-solingen-was-nicht-passt-wird-passend-gemacht/199484 (Stand: 29.06.2021).
- Mihok, Brigitte. Friedhofsschändungen, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Berlin/New York 2010, S. 90–95.
- Morsch, Günter/Susanne zur Nieden (Hrsg.). Jüdische Häftlinge im Konzentrationslager Sachsenhausen 1936–1945, Berlin 2004.
- Muy, Sebastian/Stephen Sulimma. Strukturelle Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit im Handlungsfeld Flucht und Migration, in: Netzwerk MiRA (Hrsg.), Kritische Migrationsforschung? Da kann ja jedeR kommen, 2012, S. 41–72.
- Nielsen-Sikora, Jürgen. Brandanschlag rechtsextremer Jugendlicher in Solingen, <https://kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/brandanschlag-rechtsextremer-jugendlicher-in-solingen> (Stand: 22.05.2021).
- Nuscheler, Franz. Internationale Migration, Wiesbaden 2004.

- o. A. Amnesty kritisiert den Asylkompromiß. Internationaler Tag der Menschenrechte, in: Süddeutsche Zeitung, 10.12.1992.
  - o. A. Ansprache in Babydeutsch, in: Der Spiegel 52/1991, S. 56–59.
  - o. A. „Bei geheimer Abstimmung 90 Prozent“, in: Der Spiegel 43/1992, S. 25.
  - o. A. Berliner Synode verlangt Abkehr von Asylkompromiß, in: Süddeutsche Zeitung, Nachrichten, 19.04.1993.
  - o. A. „Dann macht er dich kalt“, in: Der Spiegel 42/1991, S. 36–38.
  - o. A. Das deutsche Wort, in: Der Spiegel 9/1980, S. 29.
  - o. A. „Das ist ein untauglicher Versuch“, in: Der Spiegel 43/1991, S. 37.
  - o. A. „Den Asylkompromiß zügig umsetzen“. Seiters appelliert an die Sozialdemokraten, in: Süddeutsche Zeitung, 08.01.1993.
  - o. A. „Es war keiner von uns“, in: Die Zeit 37/1990, 07.09.1990.
  - o. A. FDP-Politiker für Änderung am Asylkompromiß, in: Süddeutsche Zeitung, 20.03.1992.
  - o. A. Göttliche Hände, in: Der Spiegel 43/1992, S. 22.
  - o. A. Hamburger Manifest gegen eine Änderung des Artikels 16 im Grundgesetz vom 7. Oktober 1992, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1992, S. 1520, [www.blaetter.de/ausgabe/1992/dezember/hamburger-manifest-gegen-eine-aenderung-des-artikels-16-im-grundgesetz-vom-7-oktober-1992](http://www.blaetter.de/ausgabe/1992/dezember/hamburger-manifest-gegen-eine-aenderung-des-artikels-16-im-grundgesetz-vom-7-oktober-1992) (Stand: 21.02.2021).
  - o. A. „Krieg des dritten Jahrtausends“, in: Der Spiegel 34/1991, S. 130–135.
  - o. A. Kurzer Prozeß, in: Der Spiegel 43/1991, S. 34.
  - o. A. Miete für Kasernen, in: Der Spiegel 47/1991, S. 16.
  - o. A. Nach Asylkompromiß: Kronawitter tadeln die SPD, in: Süddeutsche Zeitung, 10.12.1992.
  - o. A. Polen fordert weitere Absprachen. Nach dem Bonner Asylkompromiß, in: Süddeutsche Zeitung, 09.12.1992.
  - o. A. Scharding warnt vor Scheitern, in der Debatte um den Asylkompromiß, in: Süddeutsche Zeitung, 18.05.1993.
  - o. A. Scharrenberger: SPD nicht vergrätzen, in: Süddeutsche Zeitung, 14.01.1993.
  - o. A. Union: Asylkompromiß schnellstens umsetzen. Auch SPD-Bundestagsfraktion stimmt zu, in: SZ Süddeutsche Zeitung, 16.12.1992.
  - o. A. UNO-Flüchtlingskommissar kritisiert Asylkompromiß. SZ-Interview mit Walter Koisser, in: Süddeutsche Zeitung, 26.05.1993.
  - o. A. Unsicherheit in Polen. Nach Bonner Asylkompromiss, in: Süddeutsche Zeitung, 17.12.1992.
  - o. A. Unwort des Jahres, Unwörter von 1991 bis 1999, <http://www.unwortdesjahres.net/index.php?id=114&L=kpztaazlf> (Stand: 27.03.2021).
  - o. A. „Viele haben große Angst“, in: Der Spiegel 42/1991, S. 30.
  - o. A. „Vorwärts für die arische Rasse“, in: Der Spiegel 42/1991.
  - o. A. „Wenn wir gehen, hauen die ab“, in: Der Spiegel 42/1991, S. 48–57.
  - o. A. Wien will die Folgen nicht ausbaden. Bonner Asylkompromiß stößt auf Widerstand, in: Süddeutsche Zeitung, 11.12.1992.
  - o. A. „Wir brauchen jetzt 'ne Krache“, in: Der Spiegel 42/1991, S. 28–36.
  - o. A. Zähnekirschen hinter verschlossenen Türen. SPD-Fraktion billigt Asylkompromiß, in: Süddeutsche Zeitung, 16.12.1992.
- Pesmen, Azadê. Hetze gegen „Scheinasylannten“ und „Asylmissbrauch“, 06.12.2017, [www.deutschlandfunkkultur.de/diskurs-um-flucht-und-asyil-in-den-1990er-jahren-hetze-gegen-976.de.html?dram:article\\_id=402509](http://www.deutschlandfunkkultur.de/diskurs-um-flucht-und-asyil-in-den-1990er-jahren-hetze-gegen-976.de.html?dram:article_id=402509) (Stand: 11.02.2021).

- Podolski, Tanja. Asylrecht zum Mitreden. 6/11: Die Rechtsgrundlagen im Asylrecht, 28.11.2017, S. 6, [www.lto.de/recht/hintergruende/h/asylrecht-zum-mitreden-fakten-fluechtlinge-rechtslage-obergrenze/6/](http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/asylrecht-zum-mitreden-fakten-fluechtlinge-rechtslage-obergrenze/6/), (Stand: 12.02.2021).
- Pohrt, Wolfgang. Harte Zeiten. Neues vom Dauerzustand, Berlin 1993.
- Poutrus, Patrice G. Umkämpftes Asyl. Vom Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart, Berlin 2019.
- Prantl, Heribert. Asylkompromiß auf der Rutschbahn, in: Süddeutsche Zeitung, 09.01.1993.
- Prantl, Heribert. Fassungslose Reporter, johlende Menge, in: SZ.de, 23.08.2012. [www.sueddeutsche.de/politik/20-jahre-rostock-lichtenhagen-spiel-mir-das-lied-vom-tod-1.1448105-0#seite-3](http://www.sueddeutsche.de/politik/20-jahre-rostock-lichtenhagen-spiel-mir-das-lied-vom-tod-1.1448105-0#seite-3) (Stand: 21.03.2021).
- Prenzel, Thomas. Rostock-Lichtenhagen im Kontext der Debatte um die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl, in: Thomas Prenzel (Hrsg.), 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen, Rostock 2012, S. 9–30.
- Roth, Margit. Innerdeutsche Bestandsaufnahme der Bundesrepublik 1969 – 1989. Neue Deutung, Wiesbaden 2014.
- Ryssel, Regina. Innerdiskursive Kontroversen. Der Diskurs über die Aufnahme von Flüchtlingen zwischen Bürgerkrieg und Grundgesetzänderung – eine linguistische Diskursgeschichte, Dissertation, RWTH Aachen 2014.
- Schäfer, Velten. Hetze, Lügen, Panikmache, 22.08.2012, [www.neues-deutschland.de/artikel/236196.hetze-luegen-panikmache.html](http://www.neues-deutschland.de/artikel/236196.hetze-luegen-panikmache.html) (Stand: 11.02.2021).
- Schmidt, Jochen. Politische Brandstiftung, Berlin 2002.
- Schneider, Stephanie/Kristina Wottrich. „Ohne ‘ne ordentliche Anhörung kann ich keine ordentliche Entscheidung machen...“ – Zur Organisation von Anhörungen in deutschen und schwedischen Asylbehörden, in: Christian Lahusen/Stephanie Schneider (Hrsg.), Asyl verwalten. Zur bürokratischen Bearbeitung eines gesellschaftlichen Problems, Bielefeld 2017, S. 81–116.
- Schrep, Bruno. Wir sind so ganz anders, in: Der Spiegel 9/1993, S. 55.
- Schröder, Burkhard. Im Griff der rechten Szene. Ostdeutsche Städte in Angst, Reinbek 1997.
- Schubert, Kevin. Anschläge, Morde, Hetzjagden, in: ZDF.de, 19.02.2021, [www.zdf.de/nachrichten/politik/rechtsextremismus-gewalt-terror-chronik-100.html](http://www.zdf.de/nachrichten/politik/rechtsextremismus-gewalt-terror-chronik-100.html) (Stand: 02.03.2021).
- Speit, Andreas. Der Terror von rechts – 1991 bis 1996, in: Andrea Röpke/Andreas Speit (Hrsg.), Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland, Berlin 2013, S. 94–121.
- Staas, Dieter. Migration und Fremdenfeindlichkeit als politisches Problem, Münster/Hamburg 1994.
- Stöss, Richard. Zur Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland, 13.01.2015, [www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/198940/zur-entwicklung-des-rechtsextremismus-in-deutschland](http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/198940/zur-entwicklung-des-rechtsextremismus-in-deutschland) (Stand: 18.03.2021).
- Thein, Martin. Wettkauf mit dem Zeitgeist – Der Neonazismus im Wandel. Eine Feldstudie, Göttingen 2009.
- Van Oudenaren, John. Uniting Europe. An Introduction to the European Union, Oxford 2004.
- Verordnung (EG) Nr. 343/2003 DES RATES vom 18. Februar 2003 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist.

- Wengeler, Martin. Multikulturelle Gesellschaft oder Ausländer raus? Der sprachliche Umgang mit der Einwanderung seit 1945, in: Georg Stötzel/Martin Wengeler (Hrsg.), Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland, Sprache. Politik. Öffentlichkeit, Berlin/New York 1995, Bd. 4, S. 711–750.
- Worbs, Susanne/Eva Bund/Martin Kohls/Christian Babka von Gostomski. (Spät-)Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse (=Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Forschungsbericht 20), Nürnberg 2013.